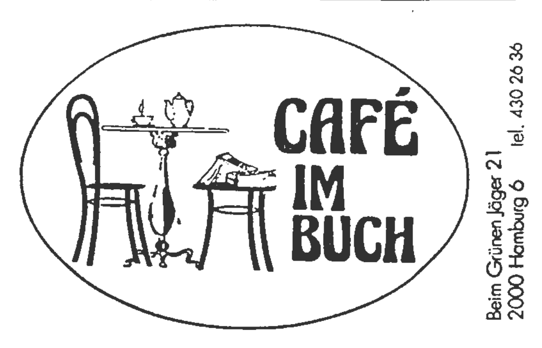
SCHANZEN NEUES LEBEN

„Siehste was, HEIN"

NOV · 88
DM 2

Inhalt: Natotagung - 129a Prozesse - Neues aus dem Viertel - Ottensen - Frauentischlerei - Türkei - Palästina

TERMINE



NOVEMBER-PROGRAMM

7.11.88 20 Uhr 30
MEMO LUNA MELENDEZ

Gitarrenmusik aus Latein-Amerika
" Zwischen Classic und Folclore "

14.11.88 20 Uhr 30
JOE LUGA

Lugas lose Seiten-
und was sagte Fritz Kortner dazu?

21.11.88 20 Uhr 30
DUO TANGO
plus Dame

28.11.88 20 Uhr 30
EFFINGHAUSEN & ERIC

Neue Lieder von Begierde und
Besitz

Die Schwemme - Brigittenstraße 5

Offnungszeiten:

Mo ca 20.30 Uhr Ladenplenum
Di ab 19 Uhr Kiezküche und Kneipe
Mi ab 20 Uhr Offenes Plenum: "Sexualität und Herrschaft"
Do ab 19 Uhr Kiezküche und Kneipe
Fr ab 20 Uhr Cafe und Kneipe
1. Sa im Monat Frauendisco
3. Sa im Monat Ditschko
So B - Movie - Anfangszeiten siehe Programm

BUCHHANDLUNG
IM
SCHANZENVIERTEL
Schanzenstraße 59

Helmuth Warnke

Liest am Dienstag, 15. November, um 20.00 Uhr, bei uns aus seinem neuen Buch:

"Bloß keine Fahnen"

DUCKENFELD

IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

Samstag, d. 5. 11.	21.00	DIE RÜCKKEHR DER JEDI-RITTER, (CS)
Sonntag, d. 6. 11.	17.00	Regie: Richard Marquand,
Sonntag, d. 6. 11.	21.00	USA 1982, 132 Min, FSK ab 12,
Montag, d. 7. 11.	21.00	Dritter Teil mit den Ewoks!!
Freitag, d. 11. 11.	21.00	HEIMAT, SÜSSE HEIMAT
Samstag, d. 12. 11.	21.00	Regie: Jiri Menzel,
Sonntag, d. 13. 11.	21.00	Tschechoslowakei 1986,
Montag, d. 14. 11.	21.00	107 Min
Samstag, d. 19. 11.	21.00	MERCENARIO DER GEFÜRCHTETE
Sonntag, d. 20. 11.	21.00	Regie: Sergio Corbucci,
Montag, d. 21. 11.	21.00	Italien 1968, 107 Min
Samstag, d. 26. 11.	21.00	IMMER ÄRGER MIT HARRY
Sonntag, d. 27. 11.	21.00	Regie: Alfred Hitchkock,
Montag, d. 28. 11.	21.00	USA 1955, 100 Min
Sonderveranstaltung:		
Sonntag, d. 27. 11.	11.00	NOVEMBERKATZEN, BRD 1985,
		Regie: Sigrun Koeppe, 100 Min



Die TheDe zeigt im NoVEmbEr

11. Nov. 20 Uhr
Heimat süsze Heimat
Jiri Menzel, CSSR 1985, 103 Minuten

25. Nov. 20 Uhr
Filou
Samir, Schweiz 1988

18. Nov. 20 Uhr
Alleingang zu zweit
Michael Miensopust, BRD 1987, 90 Min.

KINDERKINO KINDERKINO KINDERKINO
MONTAG DEN 21.11.88 um 15.00 UHR
KINDERKINO KINDERKINO KINDERKINO

WIR KINDER AUS BULLERBÜ
Astrid Lindgren, Schweden 1986

die thede, Thedestrasse 85, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/ 38 37 57



Das Sturzbach - Kino in Zusammenarbeit mit dem sich formierenden Radio St. Pauli laden für **Samstag, den 26. November um 20 Uhr zu einer multimedialen Radio - Veranstaltung in der Noeltingstraße 49 A ein.**

Zum Thema "Freies Radio" laufen ausgewählteste Filme und Hörproben von "Radio Hafenstraße" und "Radio St. Pauli".

Thomas Voss, ein Mitarbeiter des "Offenen Kanals" in Hamburg, die Inititive "Radio St. Pauli" und weitere Gäste werden sich daraufhin die Köpfe einschlagen. Die Veranstalter legen aber auch schärfsten Wert auf Beiträge aus dem Publikum. Die Veranstaltung wird mitgeschnitten und dann im "Offenen Kanal" gesendet.

13. - 18. November NATO-"Parlament" in Hamburg

NATO



Nicht einmal zwei Monate nach der IWF-Tagung wird Hamburg wieder zur norddeutschen Bullenhochburg: Vom 13. bis zum 18. November kommen 188 ParlamentarierInnen aus allen NATO-Ländern nach Hamburg um (bezeichnenderweise) im Rathaus die diesjährige Tagung der Nordatlantischen Versammlung (NAV) der NATO abzuhalten. 5000 Bullen werden laut "Abendblatt" vom 20.10. zum "Schutz" der Parlamentarier, des Rathauses und von "100 weiteren Objekten der Stadt" eingesetzt, darunter "zwölf Hundertschaften des Bundesgrenzschutzes" und "Bereitschaftspolizeien anderer Bundesländer (1300 Mann)". Höhepunkt dieser Veranstaltung wird die "feierliche Eröffnung" am Donnerstag, dem 17. November sein. Zu dieser Gelegenheit werden NATO-Oberbefehlshaber Galvin, der neue Generalsekretär Wörner und auch Kanzler-Kohl kommen, um in Hamburg die NATO-Propaganda voranzutreiben.

Donnerstag abend um 18.00 Uhr findet eine Großdemonstration statt. Zu dieser Demo ist in ganz Norddeutschland mobilisiert worden, getragen wird sie von unterschiedlichen Gruppen links von der SPD. Wegen dieses sehr breiten Bündnisses war es bis Redaktionsschluß noch nicht klar, ob auch aus dem autonomen Spektrum einen Demonstrationsaufruf geben wird, sich an dem Anti-NATO-Block dieser Friedensdemonstration zu beteiligen. Ausgangspunkt der Demo wird der Gänsemarkt sein, Beginn ist vermutlich 18.00 Uhr, die Route war wegen der Ankündigung, das Rathaus weiträumig abzusperren, noch unklar. Anläßlich der NATO-Tagung findet am 12. und 13. November ein "Gegenkongreß" auf dem Unigelände statt. Er wurde von Hamburger Forum, der Krefelder Initiative, Jusos, DKP, Grüne/GAL, Friko und KB initiiert. Der Kongreß steht unter der Motto: "Abrüstung - Alternativen zur Politik der NATO"

Die "Nordatlantische Versammlung" sind 180 ParlamentarierInnen aus den Natostaaten (18 aus der BRD), die sich halbjährlich treffen. Die NAV faßt keinerlei Beschlüsse, vielmehr ist sie eine Bühne für die militärischen und politischen Führer der Nato, um sich mediengerecht zu präsentieren: Es geht darum, für die Natopolitik Propaganda zu machen, ParlamentarierInnen, Medien und "die Öffentlichkeit" auf die Linie der Nato einzuschwören. Damit hat die NAV einen ähnlichen Charakter wie der IWF-Kongreß, der im September in Berlin stattfand: Öffentlichkeitsarbeit durch konzertierten Medienrummel.

"Nato? Find ich gut!"

Nach der Aussage des Hamburger Abendblatts vom 18.3.'86 (in diesem Punkt ausnahmsweise mal glaubwürdig) verdanken wir es dem besonderen Engagement von Alfons Pawelczyk, daß die NAV zum ersten Mal in Hamburg tagt. Pawelczyk "ist stellvertretender Vorsitzender der deutschen Delegation und sprach die Einladung, die auch von den Präsidenten des Bundestags und des Bundesrats unterstützt wird, im Auftrag des Senats aus."

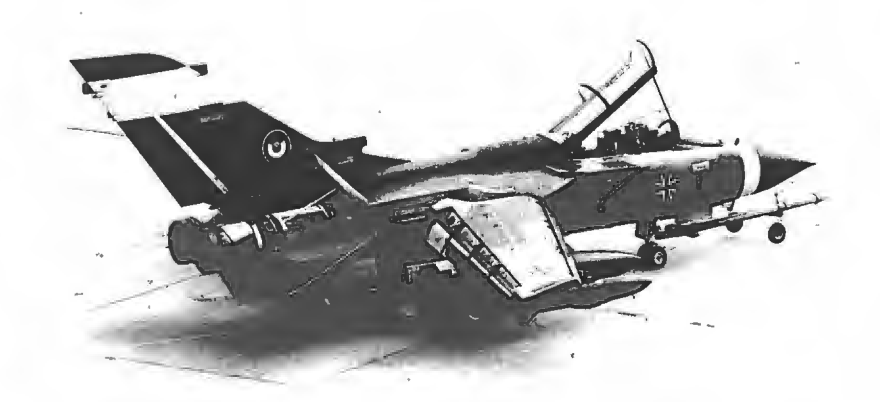
Der Senat legt großen Wert darauf, seine Verbundenheit mit der Nato unmißverständlich deutlich zu machen: Die NAV muß sich auch nicht etwa mit dem CCH zufriedengeben, wie es ursprünglich geplant gewesen sei, sondern sie bekommt das Rathaus selbst (!) zur Verfügung. Während der Zeit der Nato-Propaganda-Tagung wird im Rathaus nicht regiert - nicht einmal "Sitzungen oder Besprechungen im kleinen Kreis" (aus einer Mitteilung der Bürgerschaftspräsidentin vom März diesen Jahres) finden statt.

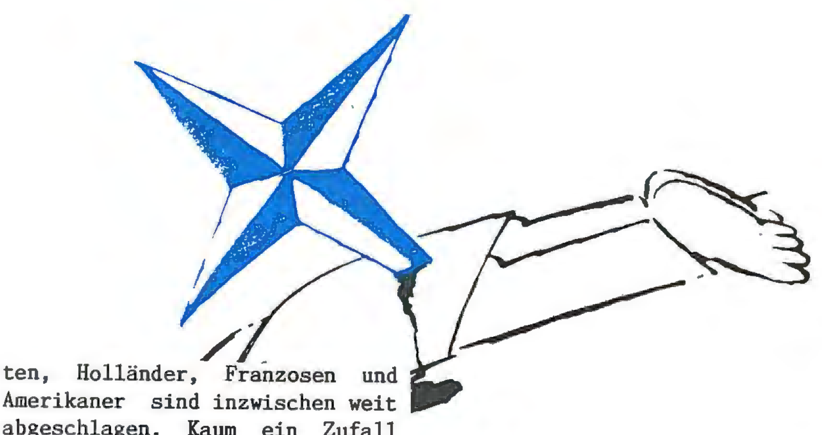
Deutlicher läßt sich kaum sagen, wer hier eigentlich regiert!

Diese Anbiederung der Stadtregierung an die Natoführer drückt aus, welche Rolle die Militarisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft für die Hamburgische "Standortpolitik" hat. Wieder einmal geht es ums Image des "Standorts Hamburg": Die Nato gehört dazu, Hamburg lebt mit und durch die Nato, die Nato ist ein Stück Hamburger Alltag.

Hamburg ist eine der größten Garnisonsstädte der BRD; Hamburg ist die wichtigste Ausbildungsstätte der Bundeswehr (Führungsakademie in Blankenese, Bundeswehr - Universität in Wandsbek); Hamburg ist ein Zentrum von Rüstungsproduktion und Rüstungsexport.

"Still und leise hat sich die deutsche Werftindustrie zum größen Exporteur von Überwasserkriegschiffen entwickelt. Bri-





Sicherheit und Frieden

ten, Holländer, Franzosen und Amerikaner sind inzwischen weit abgeschlagen. Kaum ein Zufall wird es sein, daß die Institutionen, die die Nato - Fregatte planen, ihren Sitz in Hamburg haben." (FAZ vom 15.8.88)

Rüstungsindustrie in Hamburg: Blohm und Voss

Hamburgs größter Rüstungsbetrieb ist die Werft Blohm und Voss, auf der seit Jahren kein ziviles Schiff mehr gebaut wurde. Die heutige Werft Blohm und Voss ist das Ergebnis einer langen Kette von Fusionierungen; B + V ist heute die einzige Großwerft Hamburgs. Der größte Aktionär bei B + V ist Thyssen, im Verwaltungsrat sitzt zum Beispiel Alfons Pawelczyk.
Von den Aufträgen für die Bundeswehr (Marine und Panzerwannen) abgesehen, lebt B + V natürlich vom Rüstungsexport - die größten der bekanntgewordenen Lieferungen der letzten Jahre gingen an Portugal, Nigeria, Argentinien, Türkei. Klar, daß B + V auch die nötige Lobbyarbeit leistet, um genügend Aufträge zu bekommen und ungehindert exportieren zu können.
Die Umstellung auf reine Kriegsproduktion, die in den 70'er Jahren begann, läßt die Profite gegenüber dem zivilen Schiffbau erheblich anwachsen - echte deutsche Kriegsprodukte haben unerreichten Standard und brauchen keine Konkurrenz "auf dem Markt" zu fürchten. Zugleich ist die reine Rüstungsproduktion die beste Möglichkeit, beim Steigern der Profite auch noch gleich massenhaft Arbeitsplätze zu vernichten: Andere, nichtmilitärische und "arbeitplatzintensivere" Produktionen, zu denen eine Werft neben dem Schiffbau in der Lage ist, würden zwar "auf dem Markt lebensfähig" sein, aber nicht die Superprofite der Rüstungsproduktion abwerfen.
Stattdessen hat sich B + V bewußt in die volle Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen begben: Und damit auch in den "Sachzwang", eben reichlich Rüstungsaufträge ranzuholen.
Für die Abnehmer - Musterbeispiel: Natostaat Türkei - bedeutet die Aufrüstung Staatsverschuldung mit den bekannten Folgen - der IWF läßt grüßen.

MBB Finkenwerder

Ein weiterer zentraler Rüstungsbetrieb ist Messerschmidt - Bölkow - Blohm in Finkenwerder: Neben dem "zivilen" Airbus baut MBB - HH im wesentlichen Militärtransportflugzeuge. Das Werk in Finkenwerder wurde unter den Nazis als Zweigbetrieb von B + V gegründet, heute sind die Hauptaktionäre die Länder Bayern (24 %) und Hamburg (18 %) (!); ferner dabei: Krupp, Thyssen, Siemens, Allianz, Dresdner Bank usw.
Im Aufsichtsrat finden sich wiederum Alfons Pawelczyk sowie Wilhelm Rahlfs, bis vor kurzem einträchtig mit ihrem Kampfgefährten FJS.
Zur Zeit verhandelt Daimler Benz, der größte Rüstungskonzern der BRD, darüber die Anteile von Bayern und Hamburg zu übernehmen.
Die bekanntesten Exportkunden waren bisher Frankreich, Türkei, Südafrika und Indonesien (das in Osttimor einen Völkermord der übelsten Sorte betreibt).

Aus Erfahrung Gut

Der umsatzstärkste Geschäftsbereich des Konzerns AEG (Hauptaktionär: Daimler Benz!!) nennt sich "Industrieanlagen, Schiffbau und Sondertechnik" und hat seinen Sitz am Steinhöft, in der Nähe der Landungsbrücken. Zu diesem Geschäftsbereich gehören zwei Rüstungsbetriebe in Wedel, die Marinetechnik, Torpedos und Elektrotechnik für Flugzeuge produzieren.
Besonders kreativ werden die AEG-Leute bei militärischen High-Techs und Weltraumwaffen; Lieblingskunden: Chile, Argentinien, Indien.

Hamburg ist also als "Standort" bei den einschlägigen Großkonzernen ausgesprochen beliebt. Daneben gibt es aber eine Menge mittlerer und kleinerer Rüstungsunternhemen, die mit den Konzernen mal mehr, mal weniger verflochten sind und die jeweils bestimmte Spezialgebiete haben und den "Großen" zuliefern.
In der Broschüre "Hamburg Kriegsbereit" hat die FRIKO Ende '85 71 Unternehmen mit ihrem Produktionsbereich nennen können; besonders auffällig sind bereits in dieser Liste high - tech - Betriebe: software, Leitsysteme, Kommunikationstechnik, Feinelektronik/mechanik/optik.
Vor dem Hintergrund, daß der Senat in den letzten Jahren genau solche und weitere high - tech - Betriebe gezielt für den "Standort Hamburg" angeworben hat (Stichwort: "Technologieberatungszentrum" Bei den Mühren) dürften Zahl, Umsatz und Macht solcher Unternehmen heute noch erheblich höher sein.

Der Weg ist das Ziel

Ein Krieg kommt nicht über Nacht. Der Krieg, der mit Waffen geführt wird, wird von den Herrschenden gemacht und benutzt, um Macht zu erhalten und noch weiter auszubauen. Doch der Übergang zwischen "Frieden" und militärischem Krieg ist stufenlos. Offene militärische Kriegsführung muß Schritt für Schritt durch innere Unterdrückung abgesichert werden. Die Militärs, die für die NATO heute z.B. in der Türkei gegen die Kurden den Krieg planen und durchführen, sind die gleichen, die den Widerstand dagegen in der BRD bekämpfen. Ob er als "Terroristenbekämpfung" ausgegeben wird (die NAV führt auch dazu eine Arbeitsgruppe durch), ob er als Zivilmilitärische Zusammenarbeit bezeichnet wird (Wintex/Cimex), oder ob er so offen und weitgehend wie die Repressionen im Zusammenhang mit §129a - Verfahren (Unterstützung einer Terroristischen Vereinigung) oder gegen die Hafenstraße geführt wird: Der Krieg der NATO hat schon begonnen!

Die "Notstandsgesetze"

Gegen Ende der 60er wurden in der BRD die sogenannten "Notstandsgesetze" verabschiedet, die den Übergang zum Krieg regeln sollen. Durch eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen kann stufenweise praktisch jedes Grundrecht auch offiziell aufgehoben werden. Juristisch ist die Anwendung der Notstandsgesetze in vier Stufen unterteilt:
1. Normale Friedenszeiten
2. Krisenzeiten
3. Spannungsfall
4. Verteidigungsfall
Diese Begriffe sind natürlich allesamt so vage, daß sie beliebig gedehnt werden können. Nur das Eintreten der allerletzten Stufe, dem "Verteidigungfall", soll dabei vom Bundestag beschlossen werden. Bishin zum "Spannungsfall", der einer "förmlichen Kriegsdrohung" gleichkommt (Grundgesetz-Kommentar Maunz/ Düring/ Herzog), kann die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem NATO-Rat umfangreiche Kontroll- und Repressionsmaßnahmen beschließen: Bankkonten werden gesperrt, Autos beschlagnahmt, Telefone lahmgelegt, Bundeswehr-Truppen mobilisiert, USA-Söldner eingeflogen. Viele dieser Gesetze werden wohl nur in außenpolitischen "Spannungs"fällen Anwendung finden werden, das Arbeitssicherstellungsgesetz (Verpflichtung, am Arbeitsplatz zu bleiben, Streikverbot) genauso wie Auto-Beschlagnahmungen oder die Ausgabe von Lebensmittelkarten.



Innere Repression

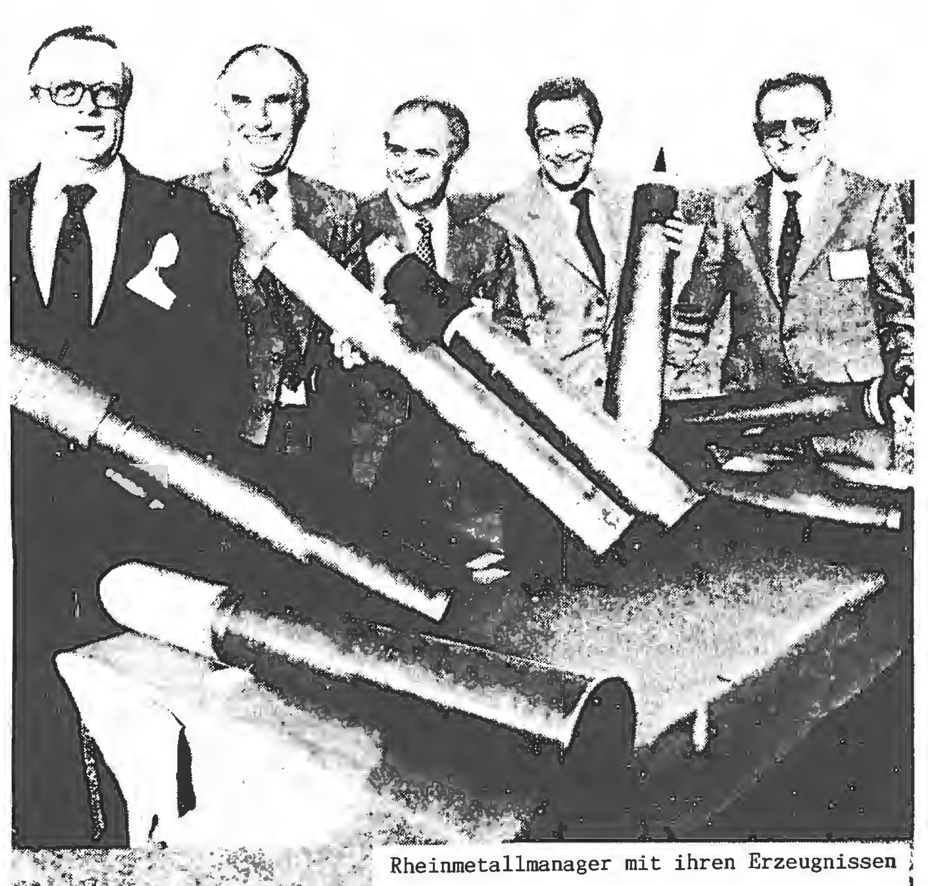
Eine Vielzahl der Notstandsgesetzen sind aber allgemein zum "Schutz von Sicherheit und Ordnung", daß sie schon heute regelmäßig angewendet werden. So wurden 1984 am Tag X in Niedersachsen private Telefone (darunter das der BI) abgeschaltet "zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Grundrechte können nach Art. 18 GG bei Mißbrauch "verwirkt" werden, so werden in der Regel Großdemonstrationen bei "Gefahr von Gewalttätigkeiten" verboten. Das Hamburger "Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" (mit dem die Rechtsparteien auch immer wieder die Hafenstraße räumen wollen), bietet dem Senat umfangreiche Möglichkeiten: Wenn Zwangsmaßnahmen gegen Einzelpersonen nicht fruchten, kann der Senat besondere Waffen einsetzen (§§27,28 SOG): Maschinengewehre, Granatwerfer, Handgranaten, Sprengsätze, Minen.

Diese frühzeitige Erfassung, Kriminalisierung und Bekämpfung des Widerstandspotentials wird durch die neuen "Sicherheitsgesetze" leichtgemacht. Ob es z.B. der §111 StGB ist, der Massenpersonenkontrollen und Schleppnetzfahndung erlaubt (und der zuletzt bei der IWF-Tagung Anwendung fand) oder die Paragraphen 129a und 130a (Unterstützung bzw. Werbung für eine Terroristische Vereinigung), mit denen Gruppen oder Einzelpersonen bekämpft werden, die lediglich eine andere Meinung zu haben brauchen. Der Prozeß gegen Fritz Storim und gegen seine Verteidigerin Ute Brand ist hier in Hamburg aktuelles Beispiel.

Wintex-Cimex

Die Ruhigstellung der Bevölkerung in Krisenzeiten, die Zerschlagung von Demonstrationen und Streiks, die Räumung von Krankenhäusern und Schulen für militärische Zwecke will gut vorbereitet sein, und dafür gibt es **Wintex/Cimex.** Dieses alle zwei Jahre stattfindende NATO-Manöver ist eine Schreibtischübung auf allen Verwaltungsebenen. Behörden der Kommunen bis hinauf zum Notparlament des Bundestages, das regelmäßig im Regierungsbunker bis zum Einsatz der ersten Atombombe ausharrt, proben den Krieg. Geübt wird die Belegung der Bunker, die Beschlagnahmung von Lastwagen, Räumung der Krankenhäuser, "Eindämmung" von Flüchtlingsströmen, Ausgabe von Lebensmittelkarten etc. Möglichst reibungslos soll das Hinübergleiten in den Krieg vor sich gehen; vorgegeben werden die Szenarien, nach denen sich die Verwaltung zu richten hat, von den Militärs der NATO.

Wintex-Cimex Szenarien gelangen trotz Geheimhaltung regelmäßig an die Öffentlichkeit, berühmtestes Beispiel: die Spiegel-Affäre 1962 nach der Veröffentlichung von Szenarien des Wintex-Cimex Vorgängers Fallex.
Nachdem die holländische Gruppe "Onkruit" (Unkraut) im April 83 einen Kommandobunker für Zivilverteidigung knackten, wurden Teile des Szenarios für 1983 bekannt: Die UdSSR verstärkt ihre militärischen Aktivitäten entlang der Grenzen, sie fallen schließlich in Jugoslawien ein, die USA müssen Europa verteidigen.
Die zivilen Übungen enden regelmäßig mit dem Beginn des atomaren Schlagabtausches.
Obwohl schon Schleswig-Holstein, Bremen und das Saarland nur eingeschränkt an der Kriegsplanung teilnehmen, wird Hamburg vom 24. Februar bis zum 9. März 1989 wieder voll dabeisein. Begründung: Auch wenn "Realitätsnähe und Verlauf vorangegangener Übungen teilweise anzuzweifeln waren", so der Hamburger Senat auf eine Anfrage der GAL 1987, hält er "derartige Übungen für erforderlich".

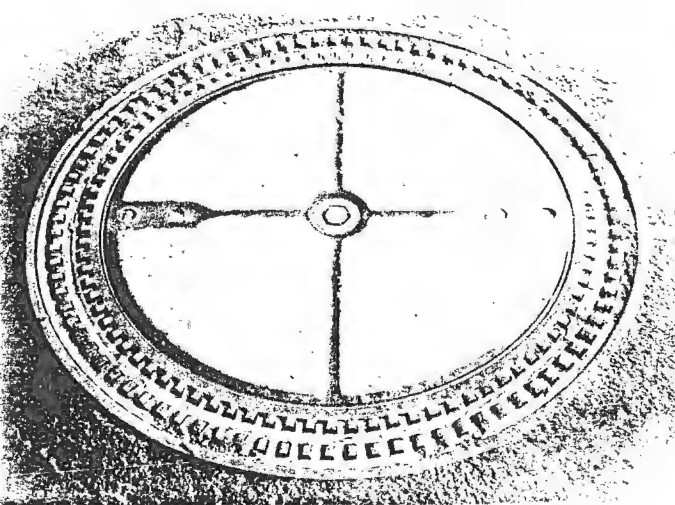


Rheinmetallmanager mit ihren Erzeugnissen

NATO -Strategieen

Die Gründung der Nato

Die Gründung der Nato im April '49 war Ausdruck der durch den 2. Weltkrieg völlig neu geordneten Machtverhältnisse: Deutscher und japanischer Imperialismus waren (vorerst) zerschlagen, französischer und englischer entscheidend geschwächt; die Sowjetunion, die die Hauptlasten im Krieg gegen den Hitlerfaschismus getragen hatte, konnte ihren Einfluß in Europa entsprechend ihrer militärischen Stärke ausdehnen; die USA ebenso, und darüber hinaus standen die USA außerhalb Europas als einzige Weltmacht da, die wirtschaftlich mächtig genug zu imperialistischer Expansion war. Der Grund dafür war, daß die US-Wirtschaft vom Krieg nicht zerstört worden war, sondern von ihm profitiert hatte.
Die USA gingen daran, diese Machtposition zu festigen. Zumal sie in Europa relativ wenig Truppen hatten, bemühten sie sich darum, die Armeen der westeuropäischen Staaten einzubinden (Nato). Zugleich förderte sie den Wiederaufbau der Ökonomien dieser Staaten (Marshallplan), nicht ohne den Dollar zur Weltleitwährung gemacht zu haben (IWF). Unter der Bezeichnung "Hilfe für alle in ihrer Freiheit bedrohten Völker" kündigte die Truman - Doktrin an, daß sich die USA ab jetzt regelmäßig in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen werde: Wirtschaftlich, politisch, militärisch.
Die Nato war zu keinem Zeitpunkt ein Verteidigungsbündnis: Von Anfang an war es ihr erklärtes Ziel, den Einfluß der SU zurückzudrängen und die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung abzusichern und auszuweiten.



Deckel eines Sprengschachtes für „Atomminen" (Atomic Demolition Munitions/ ADM).

Die Massive Vergeltung

Die Natostrategie der ersten Jahre war die "Massive Vergeltung" : "Ehe wir uns an den verschiedensten Ecken der Welt von den Kommunisten die Luft abdrehen lassen, werden wir in Zukunft zur massiven Vergeltung übergehen." (Richard Nixon, 1953)
Massive Vergeltung heißt: Hinter einem "Schild" konventioneller Panzerverbände sollen die strategischen (großen) Atombomben als "Schwert" angreifen, und zwar sofort und massiv.
Ab '57 wird diese Strategie ergänzt durch "taktische" (kleinere) Mittelstreckenwaffen, die in der BRD stationiert werden. (Die BRD war seit '54 Natomitglied.)

Fortsetzung NATO

Durch die Unterscheidung in "taktische", also scheinbar harmlosere, und strategische Atombomben senkte die Nato die Hemmschwelle, sie auch einzusetzen und nicht "nur" mit ihnen zu drohen. Der Hintergrund dieser Fortentwicklung der Nato - Strategie war, daß inzwischen auch die SU über reichlich Atombomben verfügte. ('67 wird die Nato - Strategie weiterformuliert als "Flexible Erwiderung": Eine ganze Skala konventioneller und atomarer Erwiderungen, je nach Situation.)
'62 versuchte die SU, ebenfalls Mittelstreckenwaffen zu stationieren, und zwar auf Kuba. Der Versuch scheiterte.
1965 verließ Frankreich die militärischen Organisationen der Nato. Die beiden Hauptgründe waren: Die USA geben ihren Verbündeten keinerlei Mitspracherechte, was den Einsatz der Nato - Atomwaffen betrifft. Außerdem hielt Frankreich (zunächst) an der ursprünglichen Doktrin der Massiven Vergeltung fest und wandte sich gegen die Flexible Erwiderung: Die französische Regierung erkannte darin die Möglichkeit, Atomkriege entsprechend den US - Interessen regional zu begrenzen. Für Frankreich mit seinen eigenen Weltmachtbestrebungen war die USA in der Nato zu stark.

AirLandBattle - Doktrin

Im Laufe der 70'er Jahre veränderten sich die Vorstellungen der Nato - Strategen entscheidend weiter. Die Ausformulierung der neuen, modernisierten Strategie ist das AirLandBattle - Konzept, das seit 1982 offizielle Doktrin der US - Streitkräfte ist.
Die AirLandBattle - Strategie hat drei Grundgedanken.

1. Das "Erweitere Schlachtfeld": Der Kampf soll nicht an der Grenze geführt werden, sondern "in der Tiefe". Der Angriff gilt den Versorgungslinien des Gegners.
2. Das "Integrierte Schlachtfeld": Es soll nicht mehr wie bei der Flexiblen Erwiderung eine Skala von Schwellen geben (von den konventionellen Waffen bis zu den strategichen A - Waffen), die der Reihe nach übertreten werden, sondern alle Waffensysteme werden auf einmal angewandt: Totaler, plötzlicher, also "Blitzkrieg". Die Strategen der USA beziehen sich dabei ausdrücklich auf Strategie und Vokabular der deutschen Faschisten.
3. Das Prinzip des Präventivkriegs: Die Streitkräfte wollen "einen Vorteil daraus ziehen, daß der Feind unvorbereitet ist". Denn: "Die US - Heeresdoktrin bevorzugt den Geist der Offensive." (Aus der Heeresdienstvorschrift FM 100-5).

Genau, wie es ungefähr ein Jahrzehnt dauerte, bis sich die US - Doktrin der Flexiblen Erwiderung als Nato - Doktrin durchsetzen konnte, verhält es sich auch mit AirLandBattle. Ein erster Schritt war die Durchsetzung des "Rogers - Plans", der heute bereits offizielle Nato - Doktrin ist: Er beschreibt genau den Gedanken des "Erweiterten Schlachtfeld", den "Schlag in die Tiefe".
Der Nato ist es bisher gelungen, den Rogers - Plan als "Konventionalisierung" ihrer Doktrin darzustellen: Es wird behauptet, statt der A - Waffen würden konventionelle Waffen eingesetzt. Das ist doppelt gelogen: Erstens, weil der Rogers - Plan nur ein erster Schritt zur Doktrin auch des "Integrierten Schlachtfelds" ist, das heißt, alle Arten von Waffen werden auf einmal eingesetzt, und zweitens ist der Ausdruck "konventionelle Waffen" irreführend: Es handelt sich um hochmoderne Massenvernichtungswaffen, die teilweise eine höhere Vernichtungskraft haben als Atomwaffen.

Die Rolle der BRD in der Nato

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Rolle der BRD in der Nato.
Die Militärdoktrin der BRD läßt sich in dem Wort "Vorwärtsverteidigung" zusammenfassen: Noch bevor "der Gegner" überhaupt die Grenze verletzt hat, soll "die Verteidigung" schon "so weit östlich wie möglich" stattfinden. Diese Doktrin hatte die Bundeswehr schon vor ihrer Gründung: Nachzulesen etwa in der "Himmeroder Denkschrift" von 1950, die von weltkriegserprobten Nazigenerälen - den späteren Bundeswehrführern - verfaßt wurde.
Vor dem Hintergrund dieser Tradition erklärt sich auch das besondere Engagement der BRD (in der Person Helmut Schmidts) für die Aufstellung der Mittelstreckenwaffen ("Nachrüstung"): Die USA konnten sie in der Strategie der Flexiblen Erwiderung einordnen, wo sie den Einsatz der strategischen Bomben verzögert; die BRD verstand sie als "Ankoppelung an die strategischen Bomben": Die Mittelstreckenwaffen machen die Drohung mit der Massiven Vergeltung und mit dem atomaren Ersteinatz wieder "glaubwürdiger".
Im Zeichen des Rogers - Plans verlieren diese Unterschiede wieder an Bedeutung; auch Frankreich findet seit Jahren verstärkt in die Nato zurück: Der Blitzkrieg machts möglich.
Dabei ist der Konflikt zwischen den USA und ihren Verbündeten in Europa nicht aufgehoben. Das Interesse der USA ist es, in Europa mit Hilfe der Nato in einem Blitzkrieg die SU zerstören zu können: Denn mit der Möglichkeit zu dieser Drohung können sich die USA im Trikont schon mal eher eine offene Konfrontation mit der SU leisten - bzw. die SU wird von vornherein schon nachgiebiger sein.
Das bedeutet natürlich einen Einflußverlust der europäischen Nato - Länder - oder genauer: Des europäischen Kapitals im Trikont. Deshalb dauert die Durchsetzung des AirLandBattle - Konzepts auch ein Weilchen länger; inzwischen versuchen die Europäer, vor allem Frankreich und die BRD, einen starken europäischen Flügel in der Nato aufzubauen, um diesen Machtverlust aufzufangen. Immerhin haben sie ja die Wirtschaftsmacht der EG in der Hinterhand.
Die wichtigte Voraussetzung, damit die AirLandBattle - Doktrin zur Nato - Doktrin wird, ist aber die Übereinstimmung dieser Doktrin mit der bewährten deutschen Vorwärtsverteidigung. So war es Wörner, der bereits '82 die AirLandBattle - Doktrin aufs schärfte begrüßte. Trotz innerkapitalistischer Konkurrenz: Europas Kapital braucht die USA gegen die SU. Wörner ist heute übrigens Generalsekretär der Nato.

Anzumerken ist noch, daß die Nato natürlich nicht die Zeit bis zu ihrem großen Einsatz ungenutzt verstreichen läßt: Mit schönen Manövern läßt sich schließlich ausgezeichnet Politik machen (Beispiel: Der Putsch in der Türkei 1980, der mit einem Natomanöver koordiniert war), und die Infrastruktur der Nato läßt sich auch für Einsätze der US - Steitkräfte ausgezeichent nutzen: Der Vietnamkrieg wurde in Heidelberg, der Überfall auf Libyen '86 in Stuttgart dirigiert. Überhaupt ist es schwierig auseinanderzuhalten, ob eine militärische Aktion von den US - Streitkräften alleine oder mit der Nato ausgeführt wird: Die Grenzen fließen. Zumindest begleiten die Verbündeten die Aktionen der USA mit Alarmbereitschaft. ■

Spenden-Aufruf

Der Wirbelsturm "Joan" hat großen Teilen Nicaraguas schweren Schaden zugefügt.
50 Tote, 500 Vermißte, 500.000 Obdachlose, verschiedene total oder zum Teil zerstörte Städte, Brücken, Krankenhäuser und Schulen, vernichtete Ernten, das ist die vorläufige Bilanz dieser Naturkatastrophe.
Wegen der Überschwemmungen und dem Trinkwassermangel muß in mehreren Landesteilen mit Epidemien gerechnet werden. Weil viele Lebensmittel dem Sturm zum Opfer fielen, wird sich die Ernährungssituation in Nicaragua dramatisch verschlechtern.
Der Hurrikan hat die Entwicklung des kleinen Landes um Jahre zurückgeworfen; dies in einer Situation, in der Nicaragua durch den von den USA finanzierten und gelenkten Contra-Söldner-Krieg schon seit einiger Zeit in einer zugespitzten wirtschaftlichen Notsituation leben muß.
Besonders schwer getroffen wurde die Region Nueva Guinea im Süd-Osten Nicaraguas, in der auch die Landmaschinenwerkstatt "Daniel Esquivel" und verschiedene Flüchtlingssiedlungen liegen, die seit einigen Jahren von verschiedenen Hamburger Solidaritätsgruppen und Arbeitsbrigaden aufgebaut und unterstützt wurden/werden (wie das "Neue Schanzenleben" berichtete).
In dieser Region sind die gesamten Ernten zerstört, allein in der näheren Umgebung fast 100.000 Menschen obdachlos und sämtlioche Stromleitungen und Zufahrtswege zusammengebrochen.
Der Landmaschinenwerkstatt, die bis auf das zerstörte Dach arbeitsfähig blieb, wird beim Wiederaufbau in der Region eine



wichtige Funktion zukommen. Wir bitten die Menschen/Gruppen des Schanzenviertels und anderswo, Gelder für dringende Soforthilfemaßnahmen (Werkzeug, Baumaterial) auf das unten genannte Konto zu überweisen.
Von der Regierung der BRD fordern wir die sofortige Freigabe der seit 1981 (!) eingefrorenen Entwicklungshilfegelder (40 Mio. DM) sowie unbürokratische Soforthilfe für den Wiederaufbau.

"Verein Daniel Esquivel"
c/o Eine-Welt-Werkstatt
Hohenesch 66-68
2000 Hamburg 50
Tel.: 390 25 78

SPENDENKONTO:
Ev.-Luth Pauluskirchengemeinde Altona
Postgiro Hamburg (BLZ 200 100 20)
Konto-Nr. 60417-200
Stichwort "Hurrikan-Hilfe Daniel Esquivel"



Am 2. Oktober 1988 hat die Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof die Hamburger Rechtsanwältin Ute Brandt beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Sinne des § 129a StGB angeklagt.
Der Anklageschrift liegt folgende Vorgeschichte zugrunde :
Die Ermittlungen gegen RAin Ute Brandt kamen in Gange, nachdem ein früherer Mandant von ihr, Dirk Strandenaes, bei den Strafverfolgungsbehörden umfangreiche Aussagen gemacht hatte, die sich samt und sonders als an den Haaren herbeigezogen herausgestellt haben. Diese Aussagen mußten von Anfang an als unglaubwürdig gelten. So bezeichneten Hamburger Sicherheitsexperten bereits im September 1987 Dirk St. als " Aufschneider, Gernegroß, ja ein Spinner".
Trotzdem wurden aufgrund seiner Aussagen u.a. die in Offenbach lebende Andrea B. verhaftet, die bis zum 10.11.1987 in Untersuchungshaft saß. Mittlerweile ist das Verfahren gegen sie gem.§ 170 Abs.2 StPO eingestellt worden.
Auch gegen die RAin Brandt wurde aufgrund seiner Aussagen ein Verfahren wegen Unterstützung der RAF eingeleitet, da sie ihn angeblich für die RAF anzuwerben versucht haben soll. Aufgrund dieser vagen Verdächtigungen wurden bereits am 17.09.87 die Wohn- und Büroräume der Rechtsanwältin durchsucht, u.a. wurde das gesamte Prozeßregister der Kanzlei und insgesamt 11 Akten durchgesehen. Die Bundesanwaltschaft brach damit in die geschützte Vertrauenssphäre zwischen Verteidiger und Mandant ein, um Einzelheiten über bestimmte Mandate zu erfahren.
Am 2.12.87 wurde dann das Büro von RAin Brandt zum zweiten Mal durchsucht. Hierbei wurde die gesamte Verteidigerpost zwischen Rechtsanwältin und ihrem Maqndanten, dem in der JVA Straubing einsitzenden Gefangenen Rolf Heißler, beschlagnahmt. Die Auswertung dieser Verteidigerpost ist nunmehr Grundlage der Anklageschrift der GBA vom 2.10.88.
Obwohl diese gesamte Verteidigerpost - gesetzlich vorgesehen bei allen 129a-Verfahren - bereits von einem Kontrollrichter gelesen und unbeanstandet weitergeleitet worden waren, behauptet die GBA in der Anklageschrift, die RAin Brandt habe durch die Übersendung von bestimmten Schriftstücken versucht, angeblich verteidigungsfremdes Material zu übersenden.
Dadurch habe sie die RAF unterstützt, weil diese Schriftstücke nicht dazu geeignet gewesen wären, ihren Mandanten Heißler z.B. von seinem Hungerstreik 1984/85 für die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand abzubringen.
Die Bundesanwaltschaft versucht damit in unzulässiger Weise zu bestimmen, was Verteidigerpost ist und was nicht. Eine solche Entscheidung kann jedoch nur der Verteidiger selbst oder bestenfalls der zuständige Kontrollrichter treffen.
Gleichzeitig wird erneut versucht, die berechtigte Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, die bereits seit über 12 Jahren auch von unabhängigen Gutachtern aufgestellt wird, zu kriminalisieren.



LETZTES INFO: GROSSVERANSTALTUNG ZUM PROZESS IN DER FABRIK AM 14.11. UM 18.30 UHR

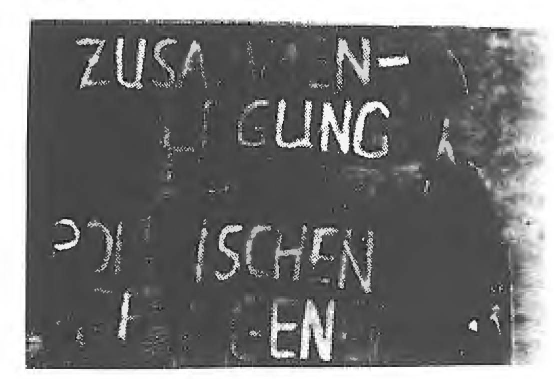
In diesem Zusammenhang sei hier aus Platzmangel nur hingewiesen auf den Aufruf vom 15.10.1988 zur o.g. Forderung und den dazu veröffentlichten Anzeigentext.

Die Verteidigung von Fritz Storim ist dadurch gefährdet. Er wurde mit einer Frist von 5 Tagen aufgefordert, sich eine andere Anwältin als Ute Brandt zu suchen für die am 28.11.88 beginnende Hauptverhandlung. Dies deshalb, weil der § 129a Vorwurf gegen RAin Brandt ein Verteidigerausschlußgrund nach § 138a StPO ist.

Fritz Storim wird vorgeworfen,"eine Vereinigung unterstützt zu haben,deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, unter anderem Mord,erpresserischen Menschenraub,Geiselnahme und Sprengstoffverbrechen zu begehen"(aus der Anklageschrift).
Die Unterstützung soll stattgefunden haben, indem er "maßgeblich an der Herstellung und Verbreitung der in Hamburg herausgegebenen periodischen Druckschrift "SABOT-Hamburger Info Sammlung""(aus der Anklageschrift) beteiligt war.
Konkret wird ihm die Beteiligung an der Veröffentlichung der Ausgabe SABOT Nr.14 vom März 87 vorgeworfen,"in der durch die Veröffentlichung von Text- und Bildbeiträgen die terroristische Vereinigung "Rote Armee Fraktion,RAF" unterstützt wird"(aus der Anklageschrift).Gemeint ist hier hauptsächlich die Dokumentation eines Redebeitrags der auf der Mobilisierungsveranstaltung zum Tag X der Hafenstraße gehalten wurde.
Der Prozeß findet vor dem Oberlandesgericht (3. Strafsenat) verteten durch die Richter Bürrig(Vorsitzender), von Heppe, Dr.Kniep Först und Dr.Rausche statt.
Im Strafjustizgebäude,Anbau,Sievekingplatz Raum 288,Staatsschutzsaal,
der Eingang befindet sich am Zugang zum Sicherheitstrakt
Montag,den 28.November und folg.Mittwoch und Donnerstag sowie jeweils Dienstag,Mittwoch,Donnerstag der folgenden Wochen
jeweils 9.30 Uhr

Das Hanseatische Oberlandesgericht, beidem sowohl die Anklage gegen Ute Brandt als auchh die gegen Fritz Storim vorliegt, kann also mit einem Verteidiger ausschluß eine unliebsame Verteidigerin, die ihre Verteidigungstätigkeit ernst nimmt, ausschalten und kurz vor einer Hauptverhandlung ein Verteidigungskonzept kippen.
Im Umkehrtschluß läßt dies vermuten, daß die abenteuerlichen Anklageschriften der GBA nur gegen einen völlig unvorbereiteten Verteidiger eine Chance haben.

Freie Verteidigerwahl für Fritz !
Keine Kriminalisierung der Verteidiger
Weg mit dem § 129a und der politischen Justiz !



AKTION * AKTION * AKTION * AKTION * AKTION

Vor ca. zwei Monaten erschien die letzte Ausgabe der anarchistisch orientierten Zeitung "AKTION" , mit dem Schwerpunktthema Flora.Über ganze 14 Seiten wurde ausführlich über die Auseinandersetzungen um das inzwischen verlegte Großprojekt berichtet,analysiert und debattiert.Vieles schon geschriebenes und veröffentlichtes wurde wieder aufgewärmt.Im großen und Ganzen für Menschen aus Hamburg eher uninterresant, da schon bekannt.Im Editorial konnte Mensch die Gründe für dieses für die "AKTION" unübliches Remake nachlesen: Das berühmte Sommerloch war nach Angabe der Autoren und Autorinnen Schuld.
Doch schon in der Vorbereitungsphase deser Ausgabe kamen uns Gerüchte zu Ohren,die uns so interresant erschienen,daß wir als wißbegierige Zeitungsmenschen ihnen natürlich nachgingen und versuchten, so genau wie möglich zu recherchieren.Das war relativ schwierig,da Informationen (unsere Quelle war die Hamburger Redaktion) nur spärlich bzw. gar nicht herausgegeben wurden.Wir können daher nur recht oberflächlich über die Ereignisse berichten und hoffen, das Ergänzungen oder eventuelle Berichtigungen von der Zeitung "AKTION" selbst erfolgen.

Was war passiert

Vor fünf Jahren flößte ein Typ in Frankfurt,Mitglied der Redaktion der "AKTION" einer Frau Betäubungsmittel ein und versuchte, sie sexuell zu mißbrauchen.Fünf Jahre später kommt es durch Zufall dazu, daß auf einen Frauenplenum zum ersten Mal darüber gesprochen wird und der Vorfall öffentlich gemacht wird.Die darauf einsetzende Auseinandersetzung mit der Zeitungsredaktion führt zu einer Spaltung dieser.Die einen wollen weiterhin mit dem Typen zusammenarbeiten,mit der Begründung ,er hätte sich in den letzten fünf Jahren geändert,sie würde ihm das auch glauben,da sie die ganze Zeit mit ihm zu tun hätten.Die anderen lehnten eine weitere Zusammenarbeit ab.Die Folge dieser Disskussionen war,daß Mensch beschloß in der Situation auf die Herstellung einer neuen Ausgabe zu verzichten,da sich der eine Teil keine Weiterarbeit unter den gegebenen Bedingungen vorstellen konnte, bzw. der andere Teil ~~der~~ zu einer Weiterarbeit(auch mit dem Typen zusammmen) organisatorisch nicht in der Lage war.
Die Redaktion beschloß die Disskussionen aus zweierlei Gründen totzuschweigen. Erstens wollte Mensch die ohnehin schon belastete Rhein-Main Situation (Verhaftungen,Veräterdisskussion etc.) nicht zusätzlich belasten (wirklich merkwürdige Argumentationsschiene) und die Sache erst einmal untereinander klären .Zum zweiten sollte die Suche und der Aufbau eines neuen Zentrums nicht behindert werden.Sie befürchteten,daß durch eine Disskusion eine Entsolidarisierung mit der anarchistischen Bewegung verbunden sein könnte.Es sollte also nichts an die Öffentlichkeit. Just in diesem Moment erscheint ein Hamburger Mitredakteur auf der Bildfläche in Frankfurt.Obwohl er die Situation kennt und weiß, worum es geht, bietet er an, die redaktionelle Arbeit durch die Hamburger Redaktion ausführen zu lassen und des weiteren die Ausgab druckfertig nach Frankfurt zu bringen.Die Hamburger ziehen es dann auch sehr schnell durch(deshalb diesmal 14 Seiten Flora).Eine Disskussion sowohl untereinander, ob Mensch nicht wenigstens ansatzweise über die Verlegung und dere Ursachen als auch schriftlich in Form eines Artikels in der Zeitung findet faktisch nicht statt.Auch ungläubiges Nachfragen von Teilen der Hauptredaktion in Frankfurt hindert die Hamburger nicht an ihrer "Flora-Sondernummer".
Die Bedigung von Teilen der Frankfurter Redaktion, nichts von den Auseinandersetzungen zu bringen, wird loyal befolgt.Einzelne in Artikeln versuchte Beschreibungen eines Redaktionsmitgliedes aus Hamburg der etwas aus der Reihe tanzt,sowohl das Editorial wird von der Frankfurter Redaktion zur Sommerlochlegende ergänzt bzw. gekürzt.
Während die Hamburger offensive Verkaufspropaganda betreiben haben sich die Disskusionen inzwischen auch auf Wiederverkäufer übertragen.Im Schwarzmarkt haben einige MitarbeiterInnen aufgrund der Vorfälle die neue "AKTION" aus dem Regal genommen.Andere MitarbeiterInnen legten diese wieder zurück.

BOYKOTTIERT DIE "AKTION" BIS SIE ZU DEN VORFÄLLEN STELLUNG NEHMEN



Das Foto zeigt ein Detail aus einem Gemälde an einer Wand in der Flora. Der Redaktör tippt auf Jugendstil.

NEUES SPENDENKONTO FÜR DENWIDERSTAND GEGEN FLORA (BLZ)2oo1o2o , KTNR. 31615-2o1, POSTGIRO HAMBURG STICHWORT "ARNIKA KULF"

Seit über zwei Monaten herrscht relative Ruhe am Florabaugelände. Weder Bagger noch Lkw tun mehr ihre schmutzige Arbeit für Kurz & Consorten. Stattdessen: Volxküche, gassigeführte Hunde, Abenteuerspielplatz. Die Parole "Gebt Kurz keine Schanze" scheint aufgegangen zu sein.

Zur Erinnerung: Offenbar auf Druck der Investoren mußte Kurz sein Vorhaben, eine Musicalfabrik auf dem Floragelände zu errichten, aufgeben. Trotz voller Unterstützung des Senats und seines Polizei- und Justizapparates, entwickelte sich ein breiter Widerstand und schuf ein Klima, das jede Investition zum finanziellen Risiko gemacht hätte. Es hat sich gelohnt einen Ansatzpunkt zu suchen, um das Projekt zu verhindern. So stand schon im legendären 6-seitigen Flugblatt vom Frühjahr: "Die Bosse der Musicalfabrik sind kühle Rechner. Wenn sie finanziellen Verlust wittern, verschwinden sie so plötzlich, wie sie aufgetaucht sind. Das ist unsere Chance."
Wohl wahr, aber wir dürfen nicht vergessen: Sie haben ziemlich schnell die Füsse in die Hand genommen. Wir mußten nicht zeigen, daß wir wirklich den längeren Atem haben, d.h. noch breitere, massenhaftere und militante Aktionen waren nicht notwendig. Eines hat sich auf alle Fälle gezeigt: Widerstand lohnt sich und die Menschen hier im Viertel sind näher zusammen gekommen. Es haben sich Strukturen entwikkelt, ein reger Informationsaustausch findet über das Plenum statt. Diese neuen Formen der politischen Zusammenarbeit haben z.B. zum Gelingen des IWF-Stadtteiltages beigetragen.
Auch die immer noch am Dienstag und Donnerstag stattfindende Volxküche ist ein Teil dieser Struktur. Die Vokü-AktivistInnen sind z.Zt. allerdings die Einzigen, die konkret unseren Anspruch auf die Flora an der Flora ausdrücken. Das sollten wir mehr nutzen, auch wenn es langsam kalt wird, denn es ist ruhig um die Flora geworden ...

Wieder Ruhe im Viertel?

Einerseits verständlich, denn: Wochenlang richtete sich unser Denken darauf, wie das Projekt langfristig verhindert werden kann, welche Aktionen als nächstes geplant und durchgeführt werden, wie wir mehr Kraft unter uns entwickeln können. Und dann kommt plötzlich der Baustop, mit dem nur die OptimistInnen unter uns gerechnet haben. Jetzt steht da eine Fast-Ruine auf einem Grundstück in bester Lage. Der Kampf geht plötzlich nicht mehr um die Verhinderung der Musicalfabrik, sondern: Was wollen wir mit diesem Sahnestück, das wir noch nicht in der Hand haben, anfangen.
Das letzte zuerst: Es gibt Ideen und Vorschläge für die Nutzung der Flora. Tendenziell soll ein Zentrum geschaffen werden, das offen für alle Menschen im Stadtteil ist und das autonom und selbstbestimmt verwaltet wird. Was das konkret heißt, darüber wird noch diskutiert. Dazu wird es wahrscheinlich noch eine Stadtteilversammlung geben, die über Flugblätter angekündigt wird.
Klar ist allerdings, was mit dem restlichen Grundstück passieren soll. Dort soll ein Volxpark entstehen, viel Grün, Ruhe, Treffpunkt für laue Sommernächte und vor allem keine Hundeabkackwiese. Mensch stelle sich vor: Ein Park, ein Stadtteilzentrum und das in bester offensichtlichster Lage ... Senat und Spekulanten werden sich die Haare raufen. Aber das wird ein hartes Stück Arbeit, denn die Bonzen werden ihren Anspruch auf das Gelände nicht so leicht aufgeben. Sie haben es vielleicht dabei nicht eilig, aber ihre Schlappe wollen sie wettmachen. Außerdem ist das Gelände zu wertvoll. Aus Senatsverlautbarungen läßt sich auf folgende Vorgehensweisen schließen:
- Ausschreibung
- Architektenwettbewerb ohne
- und mit Bürgerbeteiligung. Alles läßt auf eine kommerzielle - wohnmäßige Mischnutzung (mit Läden, Praxen und Büros) wie an der Altonaer Straße schließen.

Ihre Taktik wird sein: Möglichst wenig Aufsehen erregen, sich hier und da um sogenannte Bürgerakzeptanz bemühen und ansonsten vollendete Tatsachen schaffen, z.B. durch das Verfallenlassen der letzten Bausubstanz der Floraruine, um Vorwände für einen Abriss zu schaffen.

Winterfestmachung

Eine veränderte Lage erfordert somit ein verändertes Vorgehen. Das Gebäude soll winterfest gemacht werden, um unseren Anspruch auf die Flora ausdrücken. Wir wollen nicht den Bonzen, denen unsere Bedürfnisse eh scheißegal sind, diese Perle überlassen. Außerdem soll zukünftigen Investoren und Spekulanten schon einmal gezeigt werden, daß sie gegen den Widerstand im Viertel nichts durchsetzen werden. Also Winterfestmachung um den schleichenden Abriss zu verhindern und für unsere Ideen. Es bleibt zu hoffen, daß es eine starke Winterfestmachung mit zahlreicher Beteiligung wird, um endlich auch wieder die Ruhe zu brechen, die sich ausgebreitet hat.

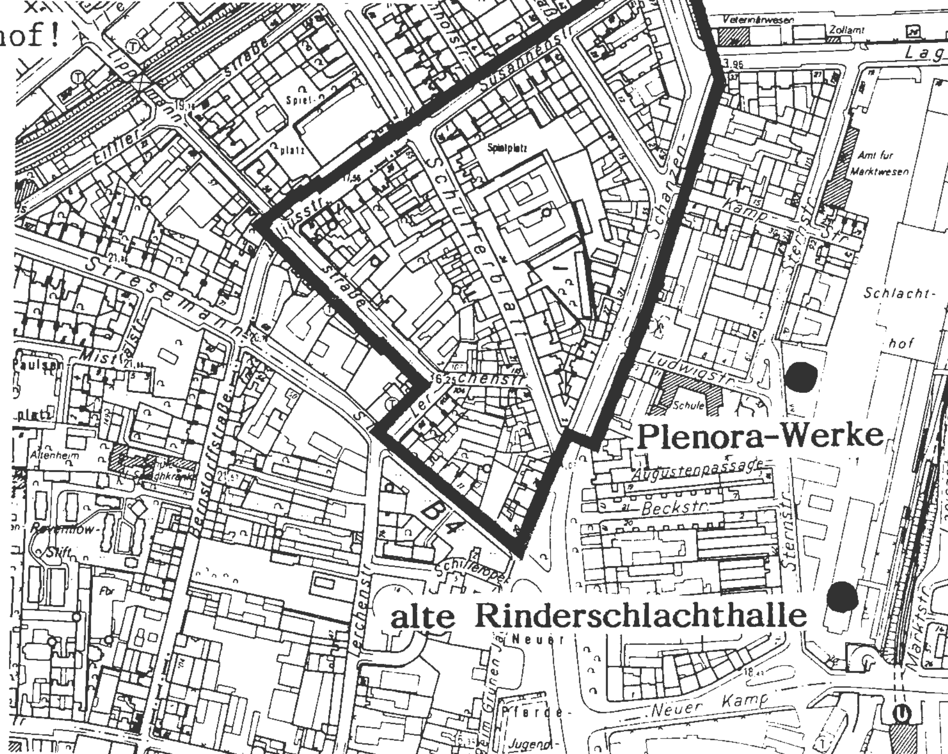
Prozesse, Prozesse, Prozesse ...

Auf einer anderen Ebene gibt die Gegenseite keine Ruhe. Nach dem heißen Sommer in den Stadtteilen läuft eine eiskalte Prozesswelle an. Insgesamt laufen gegen 15 Flora-AktivistInnen Verfahren. Pro Verfahren sind es oft mehrere Anklagepunkte wie Beleidigung, Sachbeschädigung, Nötigung, Körperverletzung bis zu Landfriedensbruch. Verwundern sollte die Anzahl der Verfahren nicht. Auf jede Widerstandsbewegung reagierte der Staat bisher mit seinen Repressionsorganen. Wo sich Widerstand gegen die Projekte von Staat und Kapital entwickelt, wo diese Projekte gefährdet sind, da muß dem Widerstand die Kraft genommen werden. Für das massive Einschüchtern, Verunsichern und Entmutigen sind die grünen Prügelhorden zuständig, für das gezielte Einschüchtern und Isolieren die Justiz. Zwei Seiten derselben schmutzigen Medaille. Mit den Anklagen sollen gezielt Menschen und ihr Unmfeld getroffen werden, indem jetzt zusätzliche Belastungen in Form von Streß, Schiß, neuen Terminen und Geldproblemen auf sie zu kommen. Das kostet Kraft, die besser für den weiteren Widerstand da sein sollte. Kriminalisiert werden einzelne, getroffen werden soll die ganze Bewegung.
Wenn wir nicht zulassen wollen, daß sie uns einschüchtern, wenn wir zeigen wollen, daß die Bewegung noch nicht am Abflauen ist, dann müssen wir die Prozesse offensiv angehen. Viele Menschen sollten zu den Prozessen kommen und dort aktiv zeigen, daß der Widerstand weitergeht und die Angeklagten nicht alleine sind.
Wie das aussehen kann, wird noch über Flugblätter veröffentlicht.



Plenora - Ein neues Zentrum im Viertel?

oder: Den Widerstand in den Schlachthof!



Viele werden sie noch nie gesehen haben und doch kennen: Die Plenora-Werke in der Sternstraße (auf dem Schlachthofgelände, Höhe Ludwigstraße).
Wie kann mensch etwas kennen, ohne jemals dagewesen zu sein? Ganz einfach: Durch den Geruch. Das Blut, das beim Abstechen der Tiere im Schlachthof anfiel, wurde bis vor einem Jahr bei Plenora verarbeitet und sorgte an wärmeren Sommertagen und bei richtigem Wind für den ekelhaften Gestank im Viertel. Seit einem Jahr nun sind die Blutwerke stillgelegt.
Doch plötzlich kamen die Plenora-Werke wieder ins Gerede. Statt der Gerüche zogen Gerüchte durchs Viertel: Bietet der Senat die Plenora-Werke als Stadtteilzentrum an? Auf einem ersten Treffen von mehreren Initiativen (hauptsächlich Beratungsstellen, Kinder- und Jugendzentren u.ä.) am 28.10. kam endlich Licht ins Dunkel der Spekulationen: Dr. Peter Michelis vom Amt für Stadterneuerung stellte die Pläne des Senats vor. Der vielen noch von der ersten Flora-Anhörung im März bekannte Sozialdemokrat machte schnell deutlich, daß es **nicht darum ginge, in den Plenora-Werken ein Stadtteilzentrum zu eröffnen.** Vielmehr sollten dort **"Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen konzentriert werden."**
Dafür bildeten die Blut-Werke nach Meinung des Senats den geeigneten Rahmen. Der Vorschlag ist allerdings noch ziemlich unausgereift. So soll das Gelände, auf dem die Werke stehen, nach jetzigen Planungen erst im Jahre 2001 von dem Schachthof in städtischen Besitz übernommen werden. Wenn man auf den Senat Druck machte, so Michelis, läge es bestimmt drin, die Werke früher zu bekommen. Auf den Einwand, daß die Fabrikräume teilweise noch gewerblich genutzt würden, verwies Michelis auf die bewährte Senatspraxis, Grundstücke zu säubern: Wegen der Gewerbemietverträge sei jede Firma innerhalb von drei Monaten kündbar.
Ungeklärt ist auch noch die Nutzung der anliegenden alten Rinderschlachthalle. Auch sie soll bis zum Jahre 2001 Neubauwohnungen weichen. Allerdings gibt es für die Halle mehrere Interessenten (u.a. ein von Peter Jorczik betreuter Ökomarkt), so daß eine endgültige Entscheidung über Abriß oder Erhalt noch nicht gefallen ist.

Die TeilnehmerInnen des Treffens machten schnell deutlich, daß der Platzbedarf von Initiativen hier im Schanzenviertel mit den Plenorawerken noch lange nicht gedeckt ist, und daß primär weiterhin die Forderung der Flora als Stadtteilzentrum bestehenbleibt.

"Volkszählungs"-Prozeß

Am 28.10.88 wurden zwei Volkszählungsgegnerinnen aus dem Schanzenviertel in einem Fall wegen angeblichem Widerstand gegen die Staatsgewalt straflos zur Übernahme der Gerichtskosten und im anderen Fall wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 15 Tagessätzen a 40,- DM verurteilt.
Was war passiert? Im Mai '87 hatten Volkszählungs-GegnerInnen in der Augustenpassage einen Volkszähler begleitet und an den Haustüren Material gegen die Volkszählung verteilt. Ein angesoffener Mieter hielt den Volkszähler für bedroht und rief die Bullen. Diese kamen gleich mit mindestens zehn Wagen und zwanzig Bullen, umzingelten die ca. sieben Volkszählungs-GegnerInnen ohne Begründung, Personalien wurden verlangt und die angebliche Nicht-Identifizierbarkeit einer Frau (der Ausweis war gerade zwei Monate alt) diente als Vorwand, alle Sieben zur Wache an der Lerchenstraße zu bringen. Dabei gingen die Bullen nicht zimperlich vor, wir kennen das ja im Viertel. Angezeigt wurden natürlich zwei der vorläufig Festgesetzten.
Der an zwei Verhandlungstagen durchgeführte Prozeß mit sechs Zeugen führte zu obigem Ergebnis. Zwei der drei Bullenzeugen konnten sich an nichts mehr erinnern, der dritte, ein ätzender Typ aus der PRW 16 Lerchenstraße, machte durch seine Äußerungen deutlich, daß er nicht viel von der Szene im Schanzenviertel hält. Er will eine Frau im Gerangel erkannt haben, die ihm einen Fußtritt gegeben haben soll.
Der Volkszähler erklärte dem Gericht, daß er sich nicht bedroht gefühlt hätte und auch den Mietert versucht hatte davor abzuhalten, die Bullen zu rufen. Die beiden angeklagten Frauen bestritten glaubhaft die Anschuldigungen, aber wie nicht anders zu erwarten, glaubte das Gericht dem Bullen mehr. Die Urteile ergeben inclusive der Gerichts- und Anwaltskosten eine Gesamtstrafe in Höhe von ca. 3.000 DM pro Person!

P.S.: Die Gerichtsvollzieher laufen inzwischen auch im Viertel 'rum; wir empfehlen weiter, nicht einschüchtern lassen. Es wird zwar angedroht, aber bisher gibt es noch keinen Fall einer zwangsweisen Pfändung (womöglich mit Bullenhilfe).

Kein Phantom an die Holstenstr

Das Phantom geistert weiter durchs Viertel. Das Kurz-Projekt, ein Musical-Theaterbau mit 2ooo Sitzplätzen sowie Läden, Büros, Restaurants und einer Tiefgarage, soll auf dem, vom alten Standort nur 8oo m entfernten Freigelände gegenüber dem S-Bahnhof Holstenstraße als neue Flora gebaut werden. Es paßt damit genau so wie das Flora-Gelände in das Standortkonzept des Senats. Teile des geplanten Objekts sollen eine Höhe von 3o m erreichen; das entspricht einem Wohnhaus von 12 Stockwerken.
Nicht zufällig wurde der am nächsten gelegene von zehn möglichen Alternativ-Standorten gewählt. Die Rolle, die das Musical-Projekt im Rahmen der Standortkonzeption haben sollte, wird es dort ebenso haben, nämlich nahezu die gleichen Auswirkungen auf das Schanzenviertel - Touristenschwemme, Steigen der Preise und Mieten, Vertreibung der jetzigen Bewohner.
Zusammen mit anderen Spekulationsobjekten im Viertel und der geplanten Ausschreibung des Flora-Geländes für finanzkräftige Anleger und Investoren bildet er ein noch fehlendes Glied in der Reihe der Standortprojekte, die von den Messehallen über das Schanzenviertel, St.Pauli bis zum Hafenrand das "moderne" Hamburg in Beton-Leichtbauweise ausmachen sollen - auf Kosten der Bevölkerung, die in diesen Stadtteilen lebt.
Die Konsequenz des bisherigen Widerstands, der ein Widerstand gegen Kurz als ein Teil der Umstrukturierung war, heißt, die "Sanierung" des Viertels in allen Objekten (Flora, Mont Blanc, Laue, Deutsche Lichtspiele (Deuli) usw.) bekämpfen, aber auch Kurz am Holstenbahnhof verhindern. Denn Sanierungspolitik ist, als ein Beispiel für Umstrukturierung, ein Teil eines gesamtgesellschaftlichen Angriffs auf unsere Lebensformen, mit dem Ziel, die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern.
"Offensichtlich gehen die PolitikerInnen des Hamburger Senats davon aus, daß die Menschen, die in der Nachbarschaft des Holstenbahnhofs leben, den Bau des Kommerz-Theaters (FLORA) widerspruchslos hinnehmen werden." So heißt es in einem Flugblatt der Anwohner an der Holstenstraße. Sie rufen dazu auf, am 1.11. zur öffentlichen Anhörung des Bezirksamts Altona zu kommen - wir werden in der nächsten Ausgabe des Neuen Schanzenlebens über diese "Anhörung" berichten:
Der Widerstand geht weiter.
Treff: Donnerstags, 2o.oo Uhr im Oelkerscafe, Oelkersallee 64



Seit Anfang 1988 bemühen sich die BewohnerInnen der Schanzenstr. 41a, an städtische Sanierungsgelder zu gelangen. Nachdem das Amt für Stadterneuerung (ASE) monatelang auf die Anträge, fertiggestellten Pläne und Unterlagen nicht reagierte, beantragten die BewohnerInnen Gelder für vorgezogene Baumaßnahmen, um mit den notwendigsten Arbeiten für den Winter zu beginnen. Es ist unbedingt notwendig, desolate Dächer so zu reparieren, daß es nicht mehr reinregnet und sie den kommenden Winter überstehen. Und auch die Wasserleitungen halten den Belastungen nicht mehr lange stand. Wenn der Schlachthof am Wochenende seine Arbeit einstellt, steigt in seiner Umgebung der Wasserdruck. In Folge platzte in der 41a, wie schon zu Rebiens Zeiten, einmal die Woche wenigstens ein Wasserrohr, das dann von den BewohnerInnen notdürftig geflickt wird. Um die alten Bleirohre zu ersetzen, fehlen zum großen Teil die Gelder und qualifizierte Handwerker. Diese sollen den BewohnerInnen verweigert werden, denn der Gängelungs- und Hinhaltetaktik des Senats, die sich zuletzt an dem Hausprojekt "Große Freiheit 73-75" offenbarte, soll nun auch die Schanze 41a zum Opfer fallen.

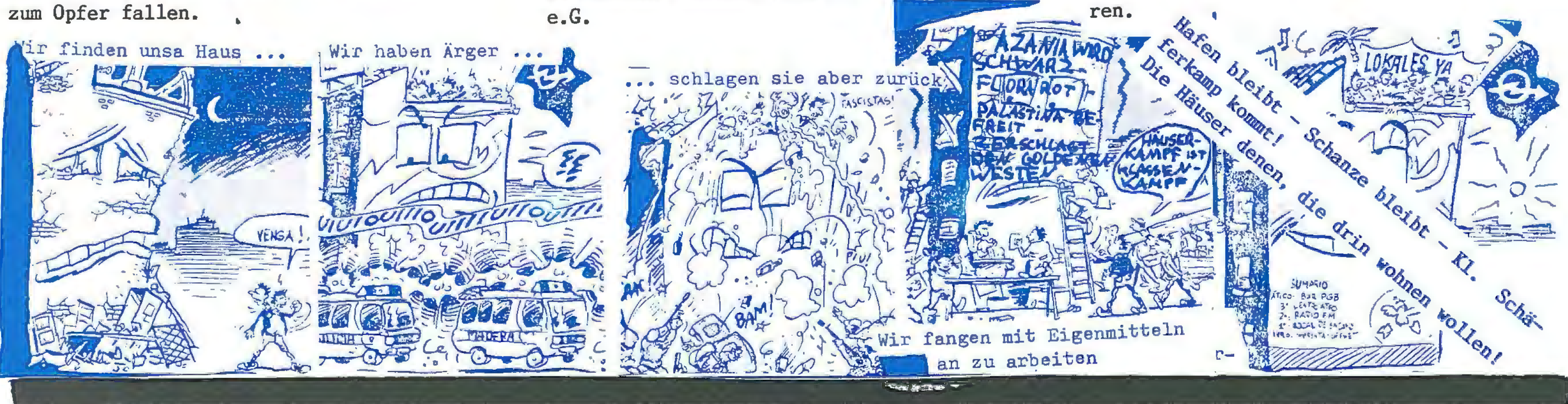
Die formalen Voraussetzungen für eine Sanierung nach ASE-Programm sind seit langem erfüllt. Doch nun versucht Bausenator Eugen Wagner, dessen Unterschrift letztendlich nur noch fehlt, die Sanierungsgelder zu verweigern. Als Vorwand dient eine Parole ("Azania wird schwarz,..."), die an dem Wohnhaus Schanzenstr. 45 prangt, keinen strafrechtlich relevanten Inhalt aufweist und gegen die auch kein Strafantrag der Eigentümerin Scghanze e.G. vorliegt. Auf einer Pressekonferenz, die zu diesem Thema bereits am 14.10.88 in der Schanze stattgefunden hatte, glaubte allerdings keiner daran, daß nach Entfernung der Parole die Gelder fließen. "Wir haben das Signal empfangen, daß die Schanze nicht gewollt ist, und man muß sich fragen, ob ein Senator noch ganz dicht ist, alles an einer Parole festzumachen, obwohl alle Planungsunterlagen fertiggestellt sind", so Michael Hermann, Mitglied der Schanze e.G.

Die bereits privat aufgebrachten Mittel für notwendige Reparaturen (die gesamte Elektrik wurde von den BewohnerInnen bereits in Eigenleistung verlegt) gehen in die Tausende. Die BewohnerInnen, finanziell selbst so ziemlich am Ende, sollen jetzt auf der Geldschiene fertiggemacht werden.

Am Montag, den 31.10.88, findet (fand) ein Gespräch zwischen der Genossenschaft und den Senatoren Runde, Wagner und Vorscherau im Rathaus statt. Am 2.11. wird dan im Senat darüber entschieden, ob die Schanze für förderungswürdig erkannt wird oder nicht...

Bei dieser Gelegenheit werden den Herren Senatoren zwei Handvoll Gasgranaten überreicht werden, die die Bullen den BewohnerInnen ohne Anlaß auf den Hof gefeuert haben.

Über die weitere Entwicklung wollen die Leute aus der 41a per Flugblatt informieren.



Kaum haben wir Kurz aus dem Viertel verjagt, haben wir BewohnerInnen aus dem Schanzenviertel St.Pauli und Altona es schon wieder mit einem Kommerz - "Kultur" - Betrieb zu tun.

DAS DEULI VON ALTONA oder KURZ ZOG NICHT INS VIERTEL EIN; RIECH, DU WIRST DER NÄCHSTE SEIN !

Ein Horror-Szenarium in fünf Aufzügen

Auftretende Personen:

Eberhard und Frau Gabriele
Herr Riech

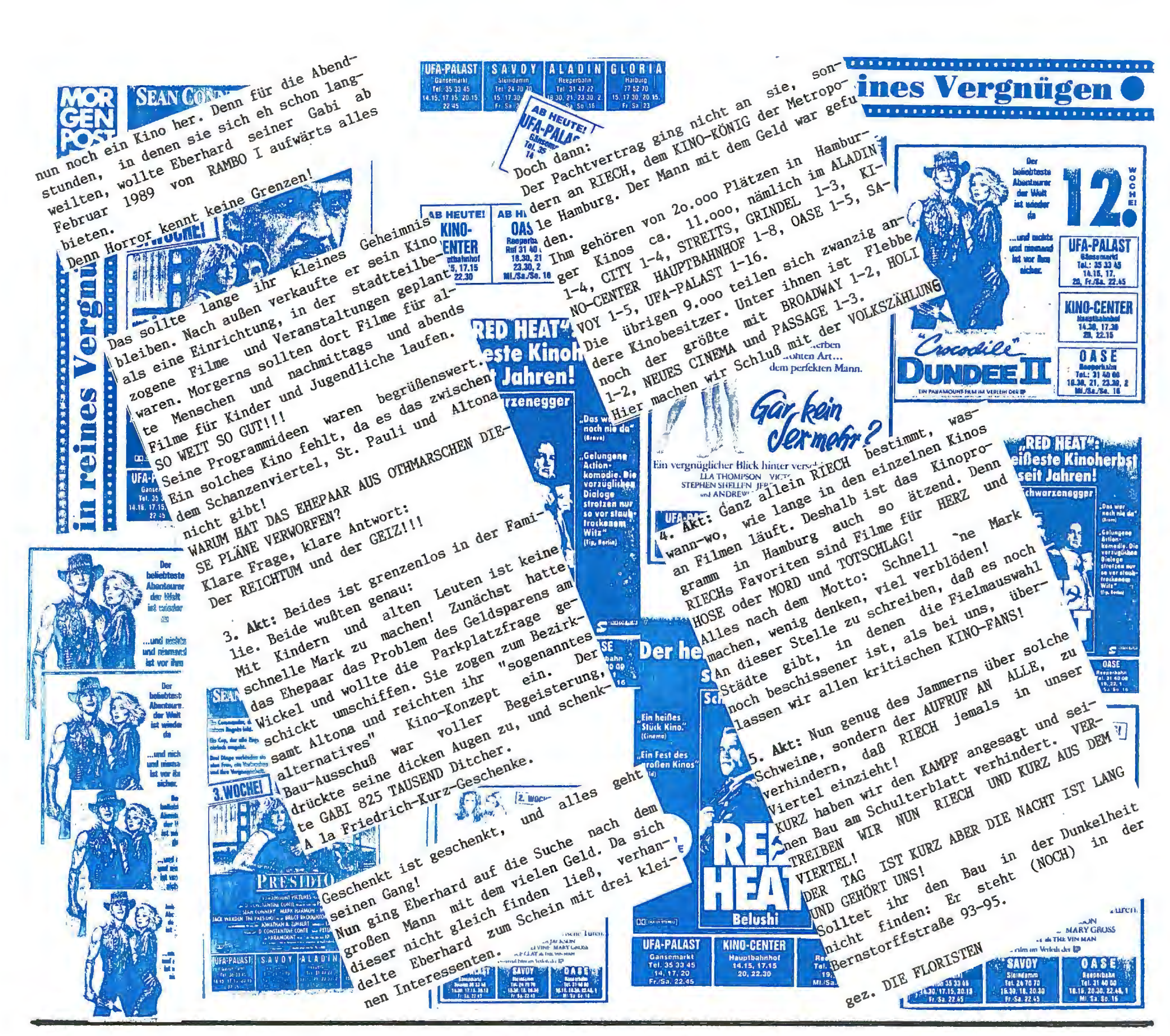
„Ein totaler Lacherfolg" (BILD DER FRAU)
4. WOCHE!

Ort der Handlung:

Bernstorffstraße (Altona), gleich hinterm Schanzenviertel

1. Akt: Sicher kennt ihr alle das alte "Deuli-Kino" in der Bernstorffstraße/Ecke Thadenstraße. Von 1934 (damals Adolfstraße) bis 1954 war dies ein Kino, in dem von FÖRSTERLIESEL bis hin zu SISSI - DAS HERZ EINER KAISERIN gespielt wurde. Ende 1954 hat das Kino seine Pforten geschlossen. Von da an stand es leer und war nur noch von der Besitzerin in den oberen Räumen bewohnt.
Nach dem Tod der Besitzerin hat eine Erbengemeinschaft versucht, die dicke Kohle aus dem leeren Bau zu schlagen. Lange, lange ohne Erfolg!

2. Akt: Doch dann eines Tages schlug Eberhard und seine Frau Gabriele zu! So nach dem Motto: FÜR GABI TU ICH ALLES!!!
DOCH WAS IST ALLES?
Nachdem Eberhard Erhard seine Frau Gabriele nicht nur mit der Schilleroper (die gehört ihm auch) beglücken konnte, mußte



nun noch ein Kino her. Denn für die Abendstunden, in denen sie sich eh schon langweilten, wollte Eberhard seiner Gabi ab Februar 1989 von RAMBO I aufwärts alles bieten.
Denn Horror kennt keine Grenzen!

Das sollte lange ihr kleines Geheimnis bleiben. Nach außen verkaufte er sein Kino als eine Einrichtung, in der stadtteilbezogene Filme und Veranstaltungen geplant waren. Morgerns sollten dort Filme für alte Menschen und nachmittags und abends Filme für Kinder und Jugendliche laufen.
SO WEIT SO GUT!!!
Seine Programmideen waren begrüßenswert. Ein solches Kino fehlt, da es das zwischen dem Schanzenviertel, St. Pauli und Altona nicht gibt!
WARUM HAT DAS EHEPAAR AUS OTHMARSCHEN DIESE PLÄNE VERWORFEN?
Klare Frage, klare Antwort:
Der REICHTUM und der GEIZ!!!

Doch dann:
Der Pachtvertrag ging nicht an sie, sondern an RIECH, dem KINO-KÖNIG der Metropole Hamburg. Der Mann mit dem Geld war gefunden.
Ihm gehören von 2o.ooo Plätzen in Hamburger Kinos ca. 11.ooo, nämlich im ALADIN 1-4, CITY 1-4, STREITS, GRINDEL 1-3, KINO-CENTER HAUPTBAHNHOF 1-8, OASE 1-5, SAVOY 1-5, UFA-PALAST 1-16.
Die übrigen 9.ooo teilen sich zwanzig andere Kinobesitzer. Unter ihnen ist Flebbe noch der größte mit BROADWAY 1-2, HOLI 1-2, NEUES CINEMA und PASSAGE 1-3.
Hier machen wir Schluß mit der VOLKSZÄHLUNG

3. **Akt:** Beides ist grenzenlos in der Familie. Beide wußten genau:
Mit Kindern und alten Leuten ist keine schnelle Mark zu machen! Zunächst hatte das Ehepaar das Problem des Geldsparens am Wickel und wollte die Parkplatzfrage geschickt umschiffen. Sie zogen zum Bezirksamt Altona und reichten ihr "sogenanntes alternatives" Kino-Konzept ein. Der Bau-Ausschuß war voller Begeisterung, drückte seine dicken Augen zu, und schenkte GABI 825 TAUSEND Ditcher.
A la Friedrich-Kurz-Geschenke.

Geschenkt ist geschenkt, und alles geht seinen Gang!
Nun ging Eberhard auf die Suche nach dem großen Mann mit dem vielen Geld. Da sich dieser nicht gleich finden ließ, verhandelte Eberhard zum Schein mit drei kleinen Interessenten.

4. **Akt:** Ganz allein RIECH bestimmt, was-wann-wo, wie lange in den einzelnen Kinos an Filmen läuft. Deshalb ist das Kinoprogramm in Hamburg auch so ätzend. Denn RIECHs Favoriten sind Filme für HERZ und HOSE oder MORD und TOTSCHLAG!
Alles nach dem Motto: Schnell 'ne Mark machen, wenig denken, viel verblöden!
An dieser Stelle zu schreiben, daß es noch Städte gibt, in denen die Fielmauswahl noch beschissener ist, als bei uns, überlassen wir allen kritischen KINO-FANS!

5. **Akt:** Nun genug des Jammerns über solche Schweine, sondern der AUFRUF AN ALLE, zu verhindern, daß RIECH jemals in unser Viertel einzieht!
KURZ haben wir den KAMPF angesagt und seinen Bau am Schulterblatt verhindert. VERTREIBEN WIR NUN RIECH UND KURZ AUS DEM VIERTEL!
DER TAG IST KURZ ABER DIE NACHT IST LANG UND GEHÖRT UNS!
Solltet ihr den Bau in der Dunkelheit nicht finden: Er steht (NOCH) in der Bernstorffstraße 93-95.

gez. DIE FLORISTEN

FRAU DÖSE kommt

Frau Döse - Infocafé Bartelsstr. 10 2Hh6 im November :
Mo,Di,Do:14 bis 20h Fr : 14 bis 22h Sa+So : 10 bis 22h

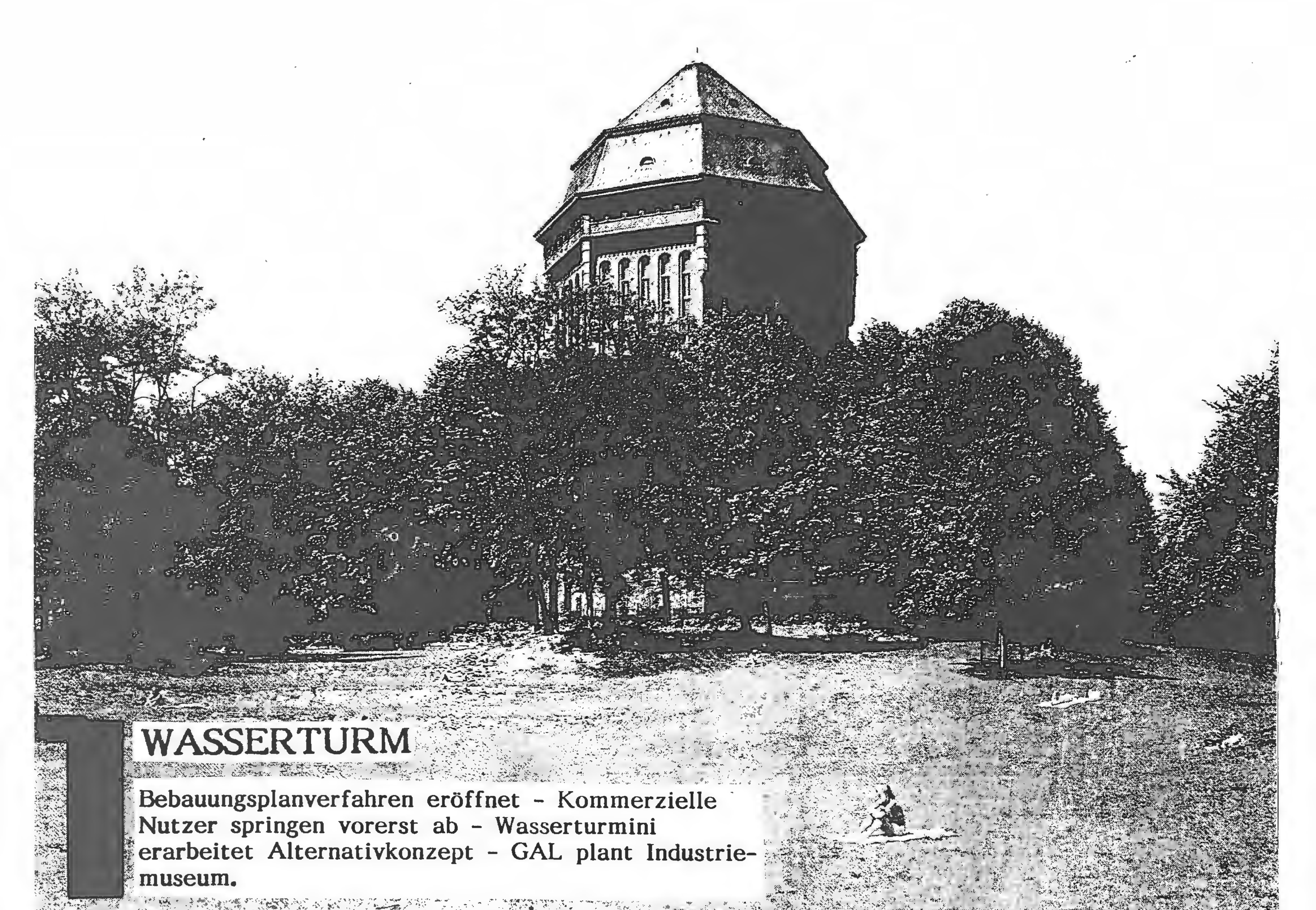
"FRAU DÖSE - UND DAS SCHANZENVIERTEL" oder "FRAU DÖSE ? - SACHT MIR NIX"

Wie sehr "Frau Döse" hier im Stadtteil fehlt, haben wir u.a. in diesem Jahr im Kampf gegen das Kurz'sche Musical am Schulterblatt gemerkt: der Austausch von Infos zwischen den Gruppen und Einzelnen war ziemlich schwierig und oft von Zufallsbegegnungen abhängig.
Wir wollen mit "Frau Döse" hier im Viertel einen Ort schaffen, wo ein kontinuierlicher Informationsaustausch möglich ist. Hier können Alle Infos loswerden, weitergeben und bekommen. Strukturen, die sich hier im letzten Jahr(en) entwickelt haben, sollen gestärkt und weiterentwickelt werden; nur wenn wir mehr und besser zusammenarbeiten, kann der Kampf gegen die Umstrukturierung hier im Viertel kraftvoll weitergehen. Wir verstehen "Frau Döse" als einen Versuch, selbstverwaltet und selbstbestimmt Lebensraum zu schaffen, der politisch/kulturell ein Beitrag im Kampf gegen die auf Vertreibung und Ausgrenzung basierende Sanierungspolitik ist.
"Frau Döse" ist allerdings kein Stadtteilzentrum (wie auch, auf 40.qm!), sondern will vielmehr den Kampf um ein unabhängiges Stadtteilzentrum unterstützen. Mehr über uns, unsere Gruppe und was wir in den letzten Jahren als Wohnprojektgruppe getan haben, wollen wir in einem ausführlichen Papier später darstellen, das es dann hier und bei "Frau Döse" zu lesen ist.
"Frau Döse" - das Info- und Stadtteilcafe in der Bartelsstr. 10 - wird den beschriebenen Ansprüchen aber nur gerecht werden können, wenn ihr alle aktiv dazu beitragt und "Frau Döse" auch nutzt.
Im übrigen heißt Stadtteilcafe aber auch:

- Platz für "Klein"-Kunst oder andere kleine Veranstaltungen;
- im Normalfall: beim Tee oder Kaffee ein Flugblatt oder eine Zeitung lesen;
- im Besonderen: ein Vollbad für 3 Mark (ohne Shampoo und Seife) im Luxusbad im Keller nehmen.

Alle, die Lust haben, bei "Frau Döse" mitzumachen, schnacken uns einfach im Cafe ab dem 12.11. an. Am 12.11. ist ab 15.00 h Eröffnung und am 15.11. geht's dann mit den Öffnungszeiten (s. Bild) los.
"DEN WIDERSTAND IN DEN VIERTELN ORGANISIEREN"

Frau Döse



WASSERTURM

Bebauungsplanverfahren eröffnet - Kommerzielle Nutzer springen vorerst ab - Wasserturmini erarbeitet Alternativkonzept - GAL plant Industriemuseum.

Der Tonfall ist deutlich zurückhaltender geworden: "Der Wasserturm Sternschanze ist ein bedeutendes Industriedenkmal für Hamburg und ein wichtiges Identifikationsmerkmal des Stadtteils." So der vorsichtige Beginn eines Beschlusses, den die Bezirksversammlung Eimsbüttel am 29.9.88 gefaßt hat. Und auch im weiteren sind die Worte sehr "bürgerfreundlich" gewählt: "(...) Es ist daher erforderlich, daß die Nutzungsüberlegungen und notwendigen Schritte unter Beteiligung der Interessierten und Betroffenen zu bewerten."

Auch, wenn der Satzbau noch etwas unbeholfen ist, so ist es doch klar, welchen Einfruck die Damen und Herren der Bezirksversammlung vermitteln wollen: BürgerInnen und AnwohnerInnen, sie alle sollen jetzt an den Planungen beteiligt werden.

Der Flora-Widerstand hat auch in Eimsbüttel Spuren hinterlassen. Noch vor einem Jahr gingen die PolitikerInnen viel unverkrampfter an die Sache mit dem Wasserturm: Verhandlungen mit möglichen Interessenten liefen völlig unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Statt die Bevölkerung zu fragen, hielt es die Verwaltung damals für begrüßenswert, "wenn seitens der Fraktionen eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden könne, welche Umnutzungsvorstellung favorisiert werde. Hintergrund hierfür sei, daß die bekannten planungsrechtlichen Probleme (...) es wenig sinnvoll erscheinen lassen, alle Nutzungsinteressenten zur Einreichung eines Vorbescheidsantrages aufzufordern, da allein hierfür schon Mittel aufgewendet werden müßten.

Im übrigen bleibe abzuwarten, ob eine ggf. favorisierte Umnutzungskonzeption im Wege von Befreiungen vom Bauplanungsrecht genehmigt werden könne oder ein Bebauungsplanverfahren erforderlich wird. Vor dem Hintergrund, daß für ein Planverfahren mindestens 3 Jahre anzusetzen wären und es wohl einhellige Meinung sei, daß der Turm erhalten bleiben solle, bittet Herr Dangel die Fraktionen, möglichst kurzfristig eine Entscheidung über eine angestrebte zukünftige Nutzungsmöglichkeit herbeizuführen."

So Oberbaudirektor Dangel auf dem Kerngebietsausschuß am 7.12.87 (zitiert aus dem Protokoll).

Noch vor einem Jahr sollte also erstmal die Entscheidung getroffen werden und die Beteiligung der AnwohnerInnen aus Kostengründen wegfallen. Danach sollten die Planungen möglichst schnell durchgezogen werden; hierbei sollte geprüft werden, ob die bei einem Bebauungsplanverfahren notwendige AnwohnerInnenbeteiligung nicht auch wegfallen könne; diesmal aus Zeitgründen. Welchem Investor kann schließlich noch zugemutet werden, drei Jahre zu warten?

DIE WASSERTURM-INITIATIVE

Seit Sommer dieses Jahres arbeitet eine Initiative daran, den Kommerz-Plänen zur Wasserturm-Nutzung etwas entgegenzustellen. Entstanden ist die Initiative ursprünglich nicht aus dem Kampf gegen bestehende Projektabsichten, sondern aus dem Ansatz, ein eigenes Konzept zur Nutzung zu erarbeiten.
Ein Konzeptionsentwurf existiert auch schon: Ein Schwerpunkt ist die "Vermeidung zusätzlicher Luft-, Lärm und Verkehrsbelastung" sowie die Erhaltung des Erholungscharakters des Schanzenparks. Dabei soll der Turm genutzt werden als alternatives Bildungszentrum, für kulturelle Dinge (z.B. Stadteilarchiv, Film- und Theatergruppen, Stadtteilzeitung), als Statteilbüro, Cafê, für Veranstaltungen, sowie als Wohnraum für MitarbeiterInnen.
Die Ini trifft sich jeden Montag um 20.00 Uhr im Werkzeugpool in der Thadenstr. 94

Bevor es dann jemand so recht mitbekommen hätte, stünde mitten im Schanzenpark ein Massenrestaurant, ein neues Kongreß-Zentrum oder ein High-Tech-Turm.

Den vorletzten Anlauf, eine Umnutzung des Wasserturms in der eben beschriebenen Weise durchzuzocken, machten die Wasserwerke 1982. Damals wollten sie ihre Verwaltung in den Turm reinsetzen, und da dort nicht genügend Platz war, noch ein paar Anbauten tätigen. Die Planungen standen fest, die Bezirksversammlung stimmte ersteinmal grundsätzlich zu. Dummerweise erfuhr dann die Bevölkerung von den Plänen und massive Proteste machten alles zunichte; schließlich machte auch die Bezirksversammlung einen Rückzieher und lehnte den Bauantrag der Wasserwerke ab.

Die sind aber weiterhin fest entschlossen, den Turm loszuwerden, zumal er schon seit fast 30 Jahren nicht mehr als Wasserspeicher genutzt wird und den Wasserwerken Kosten von 50.000 bis 100.000 pro Jahr bereitet (sagen sie zumindest).
Vor einem Jahr schließlich versuchten sie es wieder und verhandelten mit möglichen Interessenten ("verstärkte Veräußerungsbemühungen" lt. Dangel). Die Projekte der vier Interessenten stellten wir bereits im NSL vom Februar dieses Jahres vor:

1. Ein Creative-Tower, in dem High-Tech-Firmen untergebracht werden sollten.
2. Ein 600-Personen-Steak-Haus und ein Kongreßzentrum ("mit täglich wechselnden Weltstars") wollte.
3. Studentenappartments
4. Ein Museum für zeitgenössische Kunst.

Doch auch dagegen gab es Proteste, schon im Sommer gründete sich eine Initiative zum Wasserturm, die ein Alternativ-Konzept erarbeit, ohne den Turm kommerziell zu nutzen (siehe Kasten). Gestärkt ist die Position der Wasserturm-Ini durch den Kampf um's Flora: Die ehemaligen Bewerber sind alle am Abspringen (so soll das Museum für Zeitgenössische Kunst in die Deichtorhalle und das Studentenwohnheim soll in die Hafengegend).

Den spektakulärsten Abgang leistete sich Manfred Milz mit seinem Creative-Tower; eine ganze Seite berichtete das Abendblatt über das zurückgezogene Schweineprojekt. Das Abendblatt gab vor, Milz sei "aus Angst vor Gewalt" abgesprungen - eine deutliche Botschaft an den Senat, der dem HA nicht brutal genug durchgreift. Bei nüchterner Betrachtung des Vorgangs können wir diesen Erfolg leider nicht wirklich auf unser Konto verbuchen: Milz plante in seinem Konzept eine Fertigstellung zum Hafengeburtstag '89 (!), ging also von einer Nutzung ohne Bebauungsplanverfahren aus. Im Bebauungsplan (B-Plan) sind mögliche Nutzungen für ein bestimmtes Gebiet festgelegt; dort steht also, ob ein Haus als Wohnhaus oder als Supermarkt oder das Gelände als Park genutzt werden soll. Für den Schanzenpark gibt es nun einen solchen B-Plan noch gar nicht; es existiert nur der nach dem Krieg aufgestellte Baustufenplan, in dem das gesamte Gelände als Grünfläche eingezeichnet ist.

Bebauungsplan ermöglicht einschneidende Eingriffe in den Sternschanzenpark

für solche Projekte, die in der Vergangenheit "nicht nur an finanziellen Gegebenheiten (scheiterten), sondern auch daran, daß jede Nutzungsänderung Um- und Anbauten am Turm erforderlich macht, die sowohl in die Gestaltung des Turms als auch in die Nutzung des ihn umgebenden Parks massiv eingreifen..." (Wieder Beschluß der BV Eimsbüttel vom 29.9.88)

Wasserturm als Medientower für Olympia?

Den Gipfel leistet sich die BV mit der Zustimmung zum SPD-Antrag, einen Koordinationsausschuß einzusetzen, der "ähnlich wie der Koordinationsausschuß Schanzenviertel" arbeiten soll. Ähnlich wie der Ausschuß im Schanzenviertel hat der Koordinationsausschuß Wasserturm keinerlei Kompetenz; er soll dem Kerngebietsausschuß lediglich alle 3 Monate "berichten"...
Dieser Beschluß wurde **einstimmig** von allen Fraktionen gefaßt.
Birte, ihres Zeichens Abgeordnete der GAL Eimsbüttel lieferte hierfür sinngemäß folgende Erklärung:
Wir hätten sowieso nichts machen können. Wenn der Senat will, reißt er die Sache an sich, da er sowieso eine eigene Nutzung vor hat (Olympia). Über den Ausschuß sind besser Informationen zu bekommen; deswegen auch der GAL-Zusatzantrag, daß der Ausschuß öffentlich tagt und dem Kerngebietsausschuß vierteljährlich berichtet.
Die GAL-Vertreter des Kerngebietsausschusses haben hingegen schon ein eigenes Konzept: Der Wasserturm soll ein Industrie-Museum werden.

KONZEPT ZUR NUTZUNG DES MONTBLANC-GEBÄUDES

Vom Verein Freiheit usw. wurde inzwischen für das Montblanc-Simplo-Gebäude ein Nutzungs- und Finanzkonzept vorgelegt.
Das Gebäude soll als "Fabrik für Handwerk, Gesundheit, Kultur und Kommunikation" verwendet werden. Die zugrundeliegende Idee: "Die Fabrik soll Sammelpunkt politischer und sozialer Interessen auf der Suche nach eigenen Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung sein. Ein Ort, wo Informationen und Erfahrungen zusammenfließen und weitervermittelt werden, wo man sich treffen, bilden und unterhalten kann." Konkret bedeutet das eine "Mischnutzung gewerblicher und öffentlicher, soziokultureller Art, Räume für Initiativen, Handwerkskollektive, Theatergruppen etc. unter Selbstverwaltung. Kultur- und Tagungsbetrieb (Hotel, Gaststätte, Kino), Gesundheitsladen (Frauenpraxis), Entwicklung ökologischer Energiesysteme, Ökothek.
Ermöglicht werden soll das ganze durch den Kauf des Gebäudes. Da allerdings niemand 3,5 Millionen überhaben wird, soll dafür eine gemeinnützige GmbH gegründet werden. Das Geld soll sowohl von Privatpersonen (als Darlehen oder Beteiligung an der GmbH) als auch von einer Bank (Sparbriefe und Hypothekenkredit) aufgebracht werden.
Die Nutzergruppen sollen dann ihre Räume mieten; die Preise dafür liegen bei ca. 7 DM/m kalt bzw. ca. 10 DM/m warm.

Es bleibt also wiedermal an uns, etwas gegen die Sanierungs-/Kommerzschweinereien zu tun.
Der Koordinierungsausschuß kann sich gar nicht leisten, grundsätzlich alle nicht-kommerziellen alternativen Konzepte von vornherein abzulehnen. Er wird aber nur solche Konzepte akzeptieren, die eine gesicherte Finanzierung aufweisen. Damit scheiden eine Unzahl von möglichen Projekten aus: Arbeitsloseninis, nicht-staatliche Beratungsstellen, Stadtteilgruppen, die keine Einnahmen machen, weil sie eben nicht kommerziell sind.

GAL Eimsbüttel möchte ein Industriemuseum

Dieses Problem betrifft natürlich nicht nur den Wasserturm, sondern gilt ebenso für die Flora und für Montblanc. Für das letzere Gebäude gibt es bereits ein Finanzierungskonzept (siehe Kasten), doch auch hier wird fraglich sein, ob Initiativen aus dem Stadtteil 10 DM pro m^2 bezahlen können.
Alles in allem sehe ich zwei mögliche Alternativen:
1. Jegliche Nutzung des Wasserturms verhindern, um den Park nicht zu zerstören. Eine Umnutzung des Turm bedeutet automatisch einen mehr oder weniger massiven Eingriff in die Nutzung des Parks, und wenn der nicht mehr ist, wird das Stadtleben nochmal wieder ein ganzes Stück anstrengender.
2. Sollte sich zeigen, daß hier im Viertel eine ausreichende Nachfrage nach Angeboten eines Stadtteilzentrums besteht, würde es sich auch lohnen, dafür zu kämpfen. Von staatlicher Seite werden wir dabei allerdings mit Sicherheit nichts geschenkt bekommen. ■

Schon 1982 hat der damalige Oberbaudirektor Kossak klargestellt, daß eine Umnutzung durch die Wasserwerke ohne B-Plan rechtswidrig sei. Seitdem war also endgültig klar: Für eine Umnutzung des Turms in ein Restaurant oder ein Techno-Turm ist es in jedem Fall notwendig, einen B-Plan zu erstellen. Dazu gehört aber ein drei Jahre dauerndes Verfahren, in dem die Interessen aller zusammengewürfelt werden sollen.
Genau diese Umnutzung ohne B-Plan erwarteten Milz und Konsorten jedoch. Daß sie jetzt, wo der B-Plan erstellt werden soll, abspringen, ist unter diesen Gesichtspunkten kein Wunder mehr.

Wäre es nach der Bezirksversammlung gegangen, würde der Wasserturm schon lange anders genutzt werden; deswegen liegt es auf der Hand, daß sie dieses Mal lediglich auf Nummer Sicher gehen wollen. **Der B-Plan soll aufgestellt werden, um eine Umnutzung zu ermöglichen!** Und zwar auch



Am 17.9. haben wir die Häuser besetzt. Kurz nach unserer Besetzung und der Räumung wurde bekannt,daß die SAGA die Häuser an die Schanzengenossenschaft verkaufen will.Zu welchen Konditionen, welche Sorte von Vertrag und die Konsequenzen für uns -dies ist alles noch offen.Sicher ist,daß der"linke" SPD - Bezirk Eimsbüttel an seinem 10 Jahre alten Sanierungskonzept festhalten will- und das heißt: ABRISS !!

"Ottensen-Konflikt"

Ottensen - Eine Metastase im Kampf gegen viele Messer

St. Pauli, Ottensen, Schanzenviertel die gänzlich unbeliebten Stadtteile unser HERRschenden stehen weiterhin unter dem vollen Beschuß der Medien der Pfeffersack-stadt und der versammelten Rechtsparteien im Senat.

Krebsgeschwüre schneidet mensch weg oder bestrahlt sie solange bis sie sich auflösen. Dies ist das Schicksal, welches Voscherau/Perschau allen Wohnprojekten und jedem Widerstand in der Stadt zugedacht haben. Dies im gesamteuropäischen Zusammenhang möglichst schon bis 1989.

Die Innenstadt der Zukunft mit neuen Bewohner

Obwohl in allen 3 Stadtteilen das Endziel klar ist, welches lautet Optimierung der Verwertungsbedingungen fürs Kapital um Hamburg zur Dienstleistungs-, Kultur-, Technologie- und Sporthauptstadt der BRD zu machen, so verlaufen die Fronten in den Stadtteilen doch recht unterschiedlich.
Gleichlautendes Ziel des Senates in diesen city-nahen Stadtteilen ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen um durch Supermärkte, Boutiquen, Edelrestaurants, "Kulturstätten" (Kino, Theater, Großveranstaltungsräume), Sportarenen, Eigentumswohnungen und luxusanierten Wohnraum Unternehmen mit zukunftsträchtigen Technologien und Dienstleistungen, sowie einer einkommensstarken Belegschaft nach HH zu locken, um das Staatssäckel mit Steuern zu füllen.
Der Wettbewerb unter den Unternehmen - genannt Großstädte ist knallhart. Dem Unternehmen der Zukunft muß Anreiz geboten werden die diese und nicht jene Stadt zu nehmen.
Da wird Bauland verschenkt, Zufahrtsstraßen gebaut und - Stadtteile umstrukturiert. Dafür wird über Leichen gegangen.
Diese Leichen sind als nicht mehr zukunftsorientiert geltende Betriebe (Werften, Metallverarbeitung), nicht über Hamburgs Grenze hinausstrahlende, d.h. nicht werbetechnisch verwertbare Kultur (Stadtteilkultur, Kleinbühnen etc.), die Kleinladenstruktur und natürlich auch die Menschen, die jetzt noch in den Stadtteilen leben.
Das sind diejenigen Menschen, die zu alt sind für den kapitalistischen Verwertungsprozeß, die nie eine Chance haben, auf das Karusell aufzusteigen, weil sie, zumal bei zunehmender Marginalisierung der Arbeit, un- oder unterqualifiziert sind (lebenslänglich Erwerbslose). Außerdem Einkommensschwache (SchülerInnen, StudentenInnen, RentnerInnen), die in schlecht bezahlten Jobs arbeiten und am geplanten Konsumrausch der 2/3 Gesellschaft in den city-nahen Stadtteilen leider nicht teilnehmen können. Die die sowieso keinen Bock auf den Staat haben, sich irgendwie durchwurschteln und in Betonghettos in BKA-Bauweise besser zu kontrollieren sind als im Hinterhof.

ZWISCHENFALL BEIM KONZIL



Dann noch die, die nach Politiker- und Stammtischmeinung eh nicht in die arische BRD gehören: AsylantInnen und EinwanderInnen. Dann die Sozi- und ArbeitslosenhilfeempfängerInnen, die dem Staat nur auf der Tasche liegen, aber glücklicherweise die erste Mieterhöhung in ihrem Stadtteil sowieso nicht überleben.
Alle diese Gruppen verklappt der Staat lieber gleich an den Stadtrand. Für eine geleckte City und bei sich rapide verschärfenden Klassengegensätzen als Präventivmaßnahme gegen mögliche Aufstände der deklassierten Gruppen der Gesellschaft.

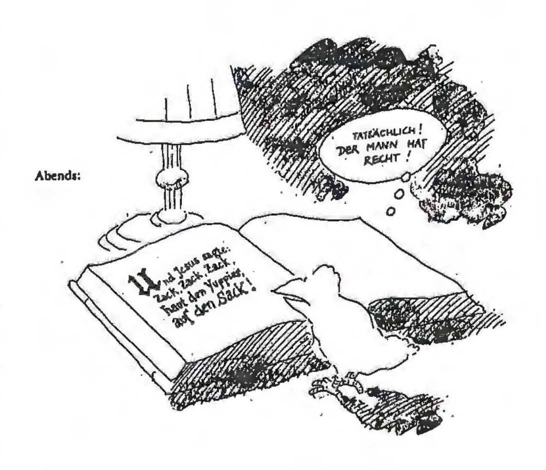
Hamburgs Aktionen sind nicht isoliert zu sehen.
Gleichartige Angriffe auf gewachsene Stadtteile zwecks Vertreibung der angestammten Bevölkerung laufen auch in London, Barcelona und Frankfurt.
Zur Lage der Stadt 2004 : Alles unter Kontrolle in den Vorstadtghettos !

Unterschiedliche Ansätze zur Vertreibung der Bevölkerung

Nun stellt sich die Frage, wie schafft der Senat dies möglichst schnell und sauber, weil die Zeit drängt.
Da Kahlschlagsanierung zunehmend unpopulär ist, nicht mehr finanzierbar ist und der Trend zum Altbau anhält, bleibt die Sanierung in kleinen Schritten (SIKS) mit teilweiser Instrumentalisierung des linksliberalen, neuen Mittelschichtlagers durch Vergünstigungen, Anreize und Pseudonischen.
Orte die dem Gesamteindruck Hamburgs gänzlich abträglich sind und ein permanenter Störfaktor, wie der Hafen und die Schanze sollen entpolitisiert, kriminalisiert und mittels staatlicher Repression vernichtet werden.
Wer den kapitalistischen Kreislauf hemmt wird weggehauen, wer nur eine "alternative" Entfaltungsmöglichkeit sucht, bekommt die Chance, wird eingebunden in den kapitalistischen Kreislauf und bildet die Speerspitze der Umstrukturierung eines Stadtteils.
Das ist viel schlauer, als so ein Projekt wie das Kurz-Musical in die Flora zu setzen, wo nach einiger Zeit auch der Letzte merkt, daß die 70 DM Karte nicht zur Bevölkerungsstruktur paßt und eigentlich noch die neue Bevölkerung zum Theater fehlt.
Es spricht vieles dafür, daß der Senat und seine Helfershelfer im linken Gewande bei den nächsten Projekten (Wasserturm, Montblanc, Laue-Gelände, Schlachthof) mehr auf der pseudoalternativen, sanften Angebotsschiene, ein paar Quadratmeter für uns (nach viel Quasselei) und der Rest fürs Kapital fahren werden.
Die Integrationskraft des Kapitalismus ist ungebrochen.
Letztlich nimmt er alle Trends auf, sei es die Punkfrisur, die Lederjacke, die zerrissene Hose, das Ökowaschmittel und nicht zuletzt die Kultur, Theater etc. vermarktet sie und beutet sie aus.
Dies zeigt das Alternativkulturen in diesem System nicht eigenständig, quasi neben dem kapitalistischen System überleben können. Sie werden fürs Kapital nutzbar gemacht oder wenn dies nicht möglich ist zerschlagen.
Wer sich etwas anderes einbildet, ist ein nützlicher Idiot der Herrschenden.
Beste Gegensätze sind z.B. bei den Wohnprojekten der Schröderstift und der Hafen. Erstere politisch jenseits von Gut und Böse und Vorzeigeobjekt des Senats, die anderen unangepaßt und zum Abschuß freigegeben.
Das System ist nicht reformierbar. Es ist der Fehler.

Ottensen - die linke Mafia kocht ab

In Ottensen haben sich nun ganz andere Fronten aufgetan.



Im Gegensatz zum Hafen/Schanze, wo die Feinde klar ausmachbar sind, Senat/Unternehmen, hat sich in Ottensen eine neue Konstellation ergeben zwischen Radikalen und Reformisten, die objektiv betrachtet das Werk der Vertreibung der city-untypischen Bewohner vorantreiben.
Diese Reformer haben sich seit Anfang der 70er eine starke Positiion im Stadtteil erarbeitet. Ausgehend vom Widerstand gegen die Kahlschlagsanierung entstanden Projekte wie dei Motte, Werkhof und W 3, sowie massenhaft kleinere und größere Alternativprojekte, die dem Stadtteileinen eigenen Flair gaben. Mittlerweile bilden diese früheren Aktivisten aber teilweise die neue Mittelschicht mit größeren finanziellen Möglichkeiten und neuen Interessen.
Bedauerlich an dieser neuen Konfrontationslinie ist einerseits, daß die Hauptverantwortlichen für die immer teureren Wohnungen, die Politiker, Spekulanten und Makler unbehelligt bleiben. Andererseits will dieser Filz aus Grünen, linken Sozialdemokraten und Liberalen nicht einsehen oder nimmt es billigend in Kauf, daß der einkommensschwache Teil der Ottensener Bevölkerung ihre Art der "Belebung" des Viertels nicht mehr dort erleben wird.
Sie betreiben mit ihrer Zusammenarbeit, z.B. mit dem Spekulanten Mayr bei den Zeisehallen das Geschäft von Senat und Kapital. Warum Kämpfen sie nicht für eine Besetzung desGeländes ? Weil sie sich selbst einen Profit aus der Zusammenarbeit erwarten.
Subjektiv mögen einige von Ihnen sogar meinen sie verhindern Schlimmeres. Es ist zugegebenermaßen auch hart zu sehen, wie das was mensch als seinen Lebenstraum sieht (z.B. Film), für diesen Staat nur ein Vehikel ist einen Stadtteil so umzumodeln, daß er der Bourgeoisie, die als Klasse nie eine eigene Kultur entwickelt hat, ein genhmes Umfeld zu schaffen.
Das Eisenstein und Leopold sind dabei nur Angriffspunkte mit Symbolcharakter, die Probleme liegen tiefer.
Das grün-liberale Spektrum muß sich entscheiden, ob sie gute Kapitalisten sein wollen mit einem Touch für die "3. Welt" oder Erkennen, daß ihr Weg in die Irre führt.
Wenn dieses grün-liberale Spektrum nicht bereit ist, seine eigene Rolle bei der Sanierung und Umstrukturierung Ottensens kritisch zu hinterfragen und auch in Frage zu stellen, wo der Widerstand gegen die Vertreibung der sozial Schwachen als SA-Methoden denunziert wird, bleibt die Dialogbereitschaft dieser neuen Mittelschicht Makulatur.
Wer kaputte Scheiben im Eisenstein und Volxküche im Leopold, z.B. mit den mindestens 40 Ermordeten, Hunderten von Gefolterten und ins KZ Verschleppten der Reichsprogromnacht vergleicht, dem kann nur gefährliche, politische Unwissenheit bescheinigt werden.
Wer staatlichen Terror gegen eine religiöse Minderheit mit dem Widerstand einer kleinen Gruppe gegen staatliche Repression und ihre eigene Vertreibung gleichsetzt, der ist zu blind, unterschiedliche politische Motive anzuerkennen und entzieht sich damit dem Druck, sich mit den Gründen auseinanderzusetzen, die zum Klirren der Scheiben in Ottensen und der Besetzung der Yuppiekneipen geführt haben.
Es ist die gleiche Methode, die der Staat hier gegen den radikalen Widerstand anwendet, ihn zu entpolitisieren, eine Diskussion über die Mitive zu verhindern und ihn zu unsinnigem Gewaltverbrechertum zu reduzieren.

Das es einen Dialog nur unter Gleichberechtigten geben kann ist schon länger bekannt. Die Herrschenden bieten manchmal gerne einen Dialog an, weil das den radikalen Widerstand einbindet, neutralisiert und letztendlich nichts an den Machtstrukturen ändert.

Und diese Macht besitzen in Ottensen viele linksangehauchte,sei es in der Politik oder im finanziellen, sei es als Haus-, Eigentumswohnungs- oder Kneipenbesitzer, als Geschäftsinhaber oder SPD und GaL Politprofi, d.h. als Gewinnler und Vorantreiber der Veränderung.



Volxküche im Eisenstein

Aus dem "alternativen"Medienhaus "Otto find ich doof"

Die anderen haben nur die Wut im Bauch und die Vertreibung vor Augen. Durch diese unterschiedlichen Machtverhältnisse ist ein gleichberechtigter Diskurs unmöglich.
Wenn dieser grün-liberale Filz nicht zu einseitigen Zugeständnissen an den radikalen Widerstand fähig ist, der allen Menschen das Weiterleben im Viertel ermöglicht, dann sollte mensch ihnen die linke Maske vom Gesicht reißen und sie als das entlarven was sie waren/sind: ein ehemals kleinbürgerlicher Widerstand, der aus persönlicher Betroffenheit entstand (Berufsverbote, Anti-KKW, Kahlschlagsanierung etc.), aber keine übergreifende politische Zielsetzung hatte und sofort kippte und in die Verfolgung persönlicher Interessen, ohne Rücksicht auf andere, umschlug, wenn sozialer Aufstieg (Verbeamtung, Arzt, Anwalt, SPD und GAL Politiker u.s.w.) möglich war.
Entweder sie hatten nie etwas vom Kapitalismus begriffen oder sich von ihren alten Idealen verabschiedet.

Diese Leute sind nun besonders erschreckt über den Einbruch in ihr linkes Aufsteigeridyll in Ottensen.
Nun sind sie die Ausbeuter und Profithaie, die den seit 100 Jahren bezahlten Mietzins eintreiben, den Berbern das Lachsbrot vorkauen und durch den Besitz von Eigentumswohnungen billigen Wohnraum vernichten.
Sie stehen objektiv auf der anderen Seite, sind die erste "sanfte" Front des Großkapitals und der von ihnen bezahlten Politiker zur Zerschlagung der letzten störenden Stadtviertel in Hamburg.

Ein Kampf in St.Pauli, Ottensen, Altona, Schanzen- und Karoviertel gegen unsere Vertreibung und die totale Kontrolle des Staates in den Metropolen !

Die Entscheidungsgewalt über die Sanierung des Osterkirchenviertels den Mietern !
Die Zeisehallen den Menschen im Viertel !

Yuppies verduftet und nehmt die "linken" Yuppies mit !

Aus Ottensener Hausfluren '88

1000 DM Belohnung 1000 DM

4-6-Zimmer-Wohnung

gesucht von solventem, berufstätigem Paar. Miete bis ca. 1800 DM

Belohnung bei erfolgreicher Vermittlu

Telefon 870 26 20 (Frau Helwig)

Mehr über Namen und Verflechtungen des Filzes im nächsten Heft !



Die Frauentischlerei der Autonomen Jugendwerkstätten in der Max-Brauer-Allee ist einer der Betriebe, die Parkplätzen für das Kuz-Musical weichen sollten. Obwohl diese Pläne nicht mehr aktuell sind, wurden die Kündigungen für die Gewerberäume nicht zurückgezogen. Es kursieren Gerüchte, daß an dieser Stelle Bürohochhäuser oder eine Mercedesfiliale gebaut werden sollen.

In der Werkstatt werden seit 5 Jahren Frauen und Mädchen ausgebildet. Zur Zeit gibt es 12 Lehrlinge, 2 Gesellinnen, eine Meisterin und eine Sozialpädagogin. Finanziert wird die Werkstatt zu 50 % durch die BAJS (Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales) und zu 50 % vom Europäischen Sozialfond. Die Gelder vom ES fallen ab 89 weg, und es ist noch nicht klar, wer diesen Anteil übernimmt. Im nachfolgenden Interview erzählen einige Auszubildendevon der Arbeit der Frauentischlerei und der Verbundenheit mit dem Stadtteil.

In einer Erklärung der Frauentischlerei heißt es, daß hier Frauen und Mädchen ausgebildet werden, die auf dem 1. Arbeitsmarkt keine oder wenig Chancen haben. Welche Erfahrungen habt ihr bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz gemacht?

Anja:Also ich hab zwei Bewerbungen geschrieben. Eine für hier und eine für Wulfsdorf. Wulfsdorf ist auch eine Ausbildungswerk- statt, mit Tischlerei, Malerei, da ist alles. Da wurde ich auch angenommen, aber ich wollte lieber hierher.

Barbara: Ich hab nur eine Bewerbung geschrieben und die war für hier.

Susanne:Also ich war kurz vor Schulschluß und ich wollte auch gar nicht in so`n normalen Betrieb.- Ich dachte jobben oder so. Und dann hab ich hiervon gehört.

Und warum wolltest du nicht in einen normalen Betrieb gehen?

Susanne: Ich hatte keinen Bock auf die Methoden. Als Lehrling bist du da total angeschissen. Da wirst du eben runtergemacht und kriegst nur `n Appel und `n Ei und mußt immer schuften für irgend so`n Typ und der wird immer reicher.

Kathrin: Also ich hab `n absolut miesen Hauptschulabschluß und hatte eigentlich überhaupt keinen Bock irgendetwas zu machen. Ich hab `ne andere Ausbildung angefangen, `ne schulische, als Kinderpflegerin. Aber das lag mir nun absolut nicht. Und dann wollte ich erst mittlere Reife nachmachen, aber ich wußte eigentlich gar nicht wozu und hätte das eh nicht gepackt. Und auf Tischlern hatte ich schon länger Bock gehabt ,aber ich wußte von keiner Frauentischlerei und ich hatte absolut keinen Bock mit Männern zusammen zu arbeiten, gerade weil das eigentlich so`n "typischer Männerberuf" ist und weil ich glaub, daß der Großteil der Typen sich einfach für fähiger hält. Und ich hatte auch kein Bock drauf, daß die mir das irgendwie rüberbringen, weil ich auch ganz schön unsicher bin.

Birgit: Ich hab nirgend anders `ne Lehrstelle bekommen. Ich hab 40 Bewerbungen als Tischlerin losgelassen. Ich hab das erste Lehrjahr auf der Schule gemacht und dann hab ich mich in ganz Hamburg beworben und auch außerhalb. Ich hab überall Absagen gekriegt. Also ich bin zu 40 Betrieben hingetapert und hab meine Bewerbungen da abgegeben. Und dann hab ich irgendwann hiervon gehört.
Und ich find das auch gut hier. So im normalen Betrieb lernt man nur ranzuklotzen und nicht so Feinheiten, und ich find das besser, wenn man auch Zeit hat, Feinheiten zu lernen. Das entspricht mir auch mehr. Also ich will nicht nur irgendwie Fenster zusammenkloppen, sondern auch andere Sachen machen, so mehr in Richtung Kunsttischlerei, zumindest die Möglichkeit haben, die Grundlagen dafür zu lernen. Und das kann man in einem normalem Betrieb überhaupt nicht.

Haben die Betriebe deine Ablehnung begründet?

Birgit: Einige Meister haben gesagt, Frau gehört hintern Herd, die kriegt ja eh Kinder und nach der Lehre wollen sie die Leute übernehmen, und die Frauen hauen dann ja alle ab, weil sie heiraten. Das kam auch als ich abgelehnt wurde. Es hieß wir haben kein zweites Klo. Ich hab denen dann gesagt, es gibt aber Zuschüsse vom Staat. Aber dann hieß es, es sei so schwierig, und wir haben ja kein Platz.

Ute: Was soll ich denn jetzt antworten? Ich hab dreimal gearbeitet. Nach der Schule hab ich `ne Lehre angefangen als Bäckereifachverkäuferin. Die Lehre hab ich aber abgebrochen, weil der Chef mich immer so angemotzt hat. Ich sollte immer bis um 19.30 arbeiten und auf die Kasse aufpassen und dann sollte ich nur die Dreckarbeiten machen. Was gelernt hab ich überhaupt nicht, und in der Schule bin ich dann auch nicht mehr mitgekommen, weil er mich immer rausgenommen hat und so. Danach hab ich als Konditorin `ne Hilfe gemacht, 1 1/2 Jahre und dann hab ich da wieder mit dem Chef Schwierigkeiten gehabt, weil ich da ja nur ne Backstubenhilfe war. Da haben sie mich nur hin und her geschoben. Und dann hab ich von einer Sozialpädagogin hiervon gehört.

Könnt ihr noch mal was dazu sagen, wie ihr überhaupt drauf gekommen seid, Tischlerei zu lernen? Kathrin hat schon gesagt, daß das eigentlich ein "typischer Männerberuf"sei.

Kathrin: Quatsch, das ist natürlich kein typischer Männerberuf, aber die Männer sehen ihn so.

Barbara: Männer können genau so gut auf Kinder aufpassen wie Frauen, und warum sollen wir dann nicht ins Handwerk?

Birgit: Diese Begründung von den Männern, daß das `n Männerberuf sei, kommt nur daher, daß die Leute nur noch Einbauschränke haben wollen, das wird eh alles maschinell gemacht und ansonsten werden Fenster zusammengekloppt. Und die meinen, daß man dazu unbedingt hart sein muß, wobei ich denk, das kann `ne Frau auch. Aber für mich ist Tischlern mehr, Feinarbeiten gehören auch dazu.

Barbara: Für mich gibt`s keine Männer- oder Frauenberufe. Das kommt drauf an, was einem liegt. Ich könnte mir z.B. nicht vorstellen, Krankenschwester zu lernen oder Verkäuferin.

Kathrin hat gesagt, daß sie ganz bewußt was gesucht hat, wo nur Frauen arbeiten. War das bei euch anderen auch so, oder gings euch in erster Linie darum, Tischlerin zu lernen?

Susanne: Mir gings auch drum, nur mit Frauen zu arbeiten, weil, wenn man mit Männern arbeitet, steht man immer unter Druck.

Anja: Ich hab ein Praktikum, Tischlerei, im Berufsgrundbildungsjahr gemacht. Die anderen waren schon viel weiter als ich, weil ich später dazu gekommen bin. Und da ging das gleich so los von den Jungs her: " Die Mädchen sind ja sowieso nicht so gut, und guck dir das mal an, das ist ja ganz schief."
Man merkte das auch schon bei den Jüngeren, daß die auch schon diese Einstellung übernehmen. Total mies!



Wie unterscheidet sich die Ausbildung hier sonst noch von der in einem anderen Betrieb?

Barbara: Hier geht das nicht so zack zack wie bei den andern Betrieben. Die erklären es hier einem deutlicher. Wenn du woanders bist, dann sagen die dir so und so muß das gemacht werden. Wenn du das dann nicht gleich kapierst, dann hast du eben Pech gehabt.

Heike: Da nutzen die dich ja auch aus. Da heißt das dann:" Feg` mal!" Da lernst du dann nichts. Und hier lernt man besser. Da kriegt man `n Stück, dann kommt Kristina mal und



zeigt uns was. Fegen und aufräumen machen wir alle zusammen.

Kathrin: Das gibt ja auch viele Betriebe, wie Birgit schon sagte, wo nur Fenster zusammen gekloppt werden oder wo nur mit Scheißzeug gearbeitet wird.

Ute:Wir duzen uns hier. In der anderen Firma mußte ich " Herr Meier" sagen.

Barbara: Das siehst du auch bei uns in der Klasse. Da sind auch drei Leute, die machen was ganz anderes als wir. Wenn wir denen erzählen, was wir machen, dann sind die immer ganz neidisch.

Habt ihr auch Mitspracherecht?

Birgit: Das entwickelt sich.

Ute: Wir machen freitags immer Betriebsbesprechung, da können wir sagen, was uns gefällt und was nicht. Das gibts z.B. in den normalen Betrieben nicht.

Heike: Wenn's mir hier nicht gefallen würde, wär' ich schon längst wieder weg.

Birgit: Ich glaub', wenn es mal zu Streitereien kommt, daß man das hier in der Regel besser besprechen kann. In einem anderen Betrieb schleppt man das mit nach Hause und kann es nie besprechen. Hier gibts die Möglichkeit, über Nervereien zu reden.

Gibt es Konkurrenz untereinander, z.B. wenn die einen schneller lernen als die andern?

Heike: Das finde ich sogar geil hier, daß andere son bischen vorweg sind, dann kann ich halt da hingehen und fragen: "Wie hast du das nun gemacht". Oder jemand kommt zu mir.

Anja: Was ich auch gut finde - das gibt's in anderen Betrieben wohl auch nicht- daß wir hier 'ne Lehrerin für Nachhilfeunterricht haben.

Barbara: Wir bringen die Unterlagen aus der Berufsschule mit, und dann macht sie mit uns immmer das, was wir nicht kapiert haben.

Wie sehen eure Chancen auf dem Arbeitsmarkt aus, wenn ihr eure Ausbildung hier beendet habt?

Susanne: Ich weiß nicht, ich hab noch nicht dran gedacht. Ich hab` gar kein Bock daran zu denken.

Birgit: Ich denk schon, daß ich danach auch erstmal als Gesellin arbeiten will, aber es ist klar, daß ich nicht zehn Jahre in dem Job arbeite. Ich hab' halt Lust noch weiter zu lernen, mehr ins künstlerische reinzugehen, z.B. Restauration. Oder ich gehe auf die Schule und mach' mein Fachabi nach. Meisterin kann ich wahrscheinlich nicht werden. Das Problem ist, daß man dazu erstmal drei Jahre als Gesellin gearbeitet haben muß. Und ich denk mal, daß ich keinen Job für 3 Jahre kriege. Ich bin erstmal froh, wenn ich ein halbes Jahr arbeiten kann.

Kathrin: Vor allem ist das ja so, erstmal 3 Jahre hier sein und dann in so einen ganz normalen Betrieb gehen, also ich weiß nicht, ich würd' das wahrscheinlich keine zwei Tage durchstehen.

Birgit: Das Ding ist auch, daß Frauen total selten als Gesellin genommen werden und deshalb auch noch seltener ihren Meister machen können als Männer. Und um selber `ne Tischlerei aufmachen zu könnnen, muß man wenigstens eine Meisterin dabei haben. D.h.,daß Alternativprojekte von Frauen fast gar nicht erst entstehen können.

Ihr habt gesagt, daß ihr unbedingt hier im Schanzenviertel bleiben wollt. Warum?

Heike: Ich wohn' hier gleich um die Ecke, Barbara, Susanne und Kathrin auch.

Kathrin:Und wenn ich schon arbeite, dann will ich wenigstens wenigstens in der Nähe von meinem Wohnort arbeiten. Ich hab' keinen Bock, sonstwo hinzu fahren, dann könnte ich ja auch aufs Land ziehen und jeden Tag nach Hamburg reinfahren zum arbeiten. Und außerdem finde ich, daß die ganzen Kleinteile hier in der Straße, so wie die Werkstatt, das macht doch was vom Viertel aus.

Birgit: Ein Umzug würde für uns 4 bis 6 Wochen Ausfall bedeuten. Für einige heißt das, daß sie die Zeit nicht mehr aufholen können. Sie müssen dann ihre Lehre um ein halbes Jahr verlängern.

Heike:Die haben doch sowieso 'nen Schatten! Da nehmen die uns die Werkstatt weg, um für andere Leute was Neues aufzubauen.

Kathrin: Ich hab auch kein Bock drauf, daß hier irgendwelche Scheißhochhäuser herkommen.

Heike: Hier laufen nicht nur Bürohengste rum, sondern hier wohnen auch geile Leute.

Birgit: Das gemischte hier ist gut. Hier wohnen auch viele alte Leute, die mit den jüngeren gut zurecht kommen. Das heißt für uns auch, das wir hier ganz normal auf der Straße lang gehen können, ohne angemacht oder diskriminiert zu werden.Und dazu kommt ganz klar, daß hier die Miete billig ist und wenn die sich erhöht, werden wir das ganz bestimmt zu spüren bekommen, in dem andere Gelder gekürzt werde, denn der Hamburger Haushalt ist halt begrenzt.Und hier kann man relativ billig essen gehen und einkaufen. In den meisten anderen Stadtteilen ist alles viel teurer.

Kathrin: Deshalb ist es auch notwendig, daß wir hier bleiben. Weil sonst können wir uns das nicht mehr leisten, Mittags zu essen.Wir haben einen längeren Fahrtweg und müssen mehr Fahrgeld bezahlen. Und das alles von dem relativ niedrigen Lehrlingslohn.

Birgit: Umliegend gibt's drei, vier Geschäfte, wo wir unsern Kleinkram kaufen können, ein paar Schrauben, mal `n Bohrer. Die Werkstatt liegt einfach ideal. Wir haben hier gutes Licht zum arbeiten. Hier stört sich niemand an dem Maschienenlärm. Und feiern können wir in der Werkstatt auch mal.



URLAUB IN DER TÜRKEI

Viele von euch werden wie ich ihren Urlaub in diesem oder einem der zurückliegenden Jahre in der Türkei verbracht haben und vielleicht wird es auch euch schwer gefallen sein, bei all den positiven Eindrücken sich die politische Situation in der Türkei bewußt zu erhalten. Sehr leicht wird die immer scheinende Sonne, das günstige Preisniveau und die herzliche Freundlichkeit der Türken zu einem Handlanger der faschistischen Militärdiktatur und helfen, die Sinne zu vernebeln. Auch ich wäre sicherlich nicht nur mit gebräunter Haut, sondern auch mit solchen Sinnen nach Hause gefahren, wäre da nicht der Artikel in der "Schwarzen Katze" vom Juli 88 gewesen. Aufgrund der Artikel über die Arbeit von "TAYAD" (das ist ein Komitee von Angehörigen von politischen Gefangenen, die für die Beendigung der Folter und die Freilassung ihrer Angehörigen kämpfen) und "DEMKAD(eine Frauenorganisation, die in den Elendsvierteln Aktionen für bessere medizinische Versorgung sowie eine Alphabetisierungskampgne machen, verbunden mit politischer Aufklärungsarbeit und Aktionen gegen die faschistische Militärjunta) suchte ich auf der Rückreise in Istanbul deren Büros auf. Mit den "DEMKAD"-Frauen hatte ich ein recht langes, leider durch die Sprachschwierigkeiten nicht sehr tiefes Gespräch, in dem wir uns über unsere jeweilige politische Praxis austauschten. Die "DEMKAD"-Frauen sagten mir, daß sie sehr daran interessiert wären an einem Austausch mit Frauengruppen hier in Hamburg. So werden sie in ca. zwei Monaten ihre erste regelmäßig erscheinende Zeitschrift herausbringen und würden sich sehr freuen, wenn auch hierrüber ein Austausch stattfinden würde.

Frau bat mich dann, an dem am 5.9.88 stattfindenden DEV-SOL-Prozess in Metris teilzunehmen (DEV-SOL ist eine linke revolutionäre Organisation, die vor dem Putsch 1980, auch bewaffnet, gegen die türkischen Faschisten gekämpft hat und gerade in den letzten Monaten gab es in der Türkei wieder vermehrt bewaffnete Aktionen von DEV-SOL), da das durch ausländische BeobachterInnen bezeugte internationale Interesse an den Vorgängen in der Türkei das Militär/Gericht verunsichert, was sich positiv auf die Situation der Gefangenen auswirkt und ihnen vor allem hilft, die Mauern des Verschweigens zu durchbrechen, um den Kampf gegen das Militärregime auch international zu führen. Das Regime in der Türkei braucht das Geld der westeuropäischen Länder, insbesondere der BRD, und deren Waffen, um das Volk zu befriedigen und unterdrücken zu können; daher will es in die EG, daher bemühen sie sich, ausländischen BeobachterInnen gegenüber als nicht so faschistisch zu erscheinen.
Wir fuhren durch das Morgenchaos Istanbuls, hinaus an den Stadtrand, wo sich auf einem riesigen Militärgelände Knast und Gerichtssaal befinden. Hier hörte das Chaos auf und schon Kilometer vorher standen Soldaten mit MP am Straßenrand, um die Zufahrt zum Gerichtstermin zu sichern.
Als wir ankamen, waren die meisten der 40 Angehörigen schon da, Angehörige, die den seit acht Jahren andauernden Prozess gegen ihre Kinder regelmäßig besuchen und die voll kämpferischer Solidarität und familärer Bindung sind.. Der Weg zum Gerichtssaal wird gesäumt von MP und Bajonett tragenden Soldaten und den Parolen der Militärs. Am Eingang wurden wir - wie von der BRD her gewöhnt - auf das genaueste durchsucht und Zeitungen wurden konfiziert. Eine der zwie mit erschienenen finnischen Journalistinnen meint, der Wartesaal hier wäre der einzige Platz in der Türkei, wo man ihr keinen Tee angeboten hätte.

Der Gerichtssaal strahlt eine beklemmende Atmosphäre aus. Er erinnert an eine umgebaute Handballhalle bzw. einen Gerichtssaal in Chile, eine Szenerie für Schauprozesse. Vorne, wo die "Richter" Platz nehmen werden, blickt von einer rostbraunen Wand der allgegenwärtige große Bruder Atatürk hinab, umrahmt von zwei riesigen türkischen Flaggen. Auf beiden Seiten der Halle gibt es acht ca. 150 Meter lange Zuschauerbänke. Sie haben nicht ausgereicht, als man nach 1980 den DEV-SOL-Prozess gegen ca. 1.200 Mitglieder - darunter gegen 70-80 Frauen -dieser Organisation begann. Z.Zt. wird einmal im Monat fast gegen den gesamten Rest verhandelt. Es sind heute 56 Gefangene aus dem Knast und 12 sich in "Freiheit" befindende, 14 weitere Angeklagte weigerten sich, die Bedingungen zu erfüllen, um zum Prozess zugelassen zu werden. Die Gefangenen sitzen in einem abgezäunten Gebiet, der ca. 400 Gefangenen Platz bietet. Tod, Folter und jahrelange mörderische Haft sind die Geschichte der jetzt freien Bänke. Freisprüche kann es in solchen Verfahren nicht geben, denn wer wollte eione Entlassung nach jahrelanger Folterhaft wirklich als Freispruch werten? Auf der Zuschauertribüne und bei den Gefangenen stehen ca. 60 Soldaten - ohne Waffen -, vorne hinter den beiden Flaggen versteckt stehen dafür welche mit MP. An den endlosen Stahlträgern am Dach hängen 80 Lampen und Scheinwerfer, die versuchen sollen, wenn die vergitterten Fenster rundherum kein Licht mehr hineinlassen, das Dunkel zu erhellen. Es sind sechs Richter, von denen drei in Uniform erscheinen und einer auch die Richterrobe zum Rüberstreifen ablehnt; anscheinend will er sich ehrlich dazu bekennen, wer hier Recht für wen spricht.
Acht Verteidiger und zwei Verteidigerinnen vertreten die Belange der Gefangenen, sie sind von ihnen gewählt und sehen ihre Aufgabe darin, die Gefangenen in Verfahrensfragen usw. zu unterstützen, Form und Inhalt der Verteidigung bestimmen die Gefangenen selber.

Anders als in deutschen Gerichtssälen erwartet man in der Türkei von den Verteidigern und Presseleuten keine Respektbezeugungen und so bleiben wir sitzen, als die Richter den Prozess eröffnen.
Schon zu Anfang erhält man/frau Einblick in das herrschende Chaos, als die Richter einen Angeklagten aufrufen, der schon in Freiheit ist, und eine andere Angeklagte vergißt aufzurufen. Dann spielen die Mikrofone die Begleitmusik zu diesem absurden Theater, mal gehen sie gar nicht, dann hört man/frau nur noch Piepsen und Rauschen bzw. die Stimme des Richters mit Echo- und sonmstigen Soundeffekten, es dauert über eine Stunde, bis die Anlage einigermaßen eingestellt ist, das Spiel wiederholt sich bei den Prozessen ständig.

Einer der Gefangenen - Sinan Kukul - legt dann von Ärzten bestätigte Dokumenmte vor, daß die Gefangenen gefoltert wurden und verlangt, daß diese Dokumente vom Gericht angenommen werden; nach einer längeren Debatte nimmt sie der Richter dann auch in Empfang und meint, sie hätten nichts mit dem Prozess zu tun. Auch die Verteidigung überreicht dem Gericht dann Dokumente, die die Folterung der Gefangenen beweisen und die sich insbesondere darauf beziehen, daß die Gefangenen auch nach der Unterschrift von Kenan Evren unter die internationale Erklärung, daß in der Türkei nicht gefoltert wird, diese Praxis weitergeht.
Dann versucht Sinan Kukul eine Deklaration zum Iran-Irak- und Kurden-Konflikt vorzulesen, aber der Richter stoppt auch das, da es angeblich nichts mit dem Prozess zu tun hat.
In der Prozesspause sollten wir dann Gelegenheit haben, mit den Gefangenen zu sprechen, es wurde uns auch gestattet, ein Tonband mit in den Gerichtssaal zu nehmen; als man dann allerdings sah, daß wir nicht nur Allgemeines von den Gefangenen wissen wollten, stoppte man die Tonbandaufnahmen, selbst das Mitschreiben wurde uns verboten und als sie sahen, daß die anwesenden türkischen Journalisten gesteigertes Interesse an Fotos von uns mit den Gefangenen hatten, stellten sie Soldaten zwischen uns und die Gefangenen und verboten die Aufnahmen dann, weil die Soldaten mit auf die Fotos kämen; auch das erinnerte mich wieder an die Praxis hier, am Ende stoppte man jegliches Gespräch. Die folgende Wiedergabe des Gesprächs ist also zumeist ein Gedächtnisprotokoll.

Auf meine Frage hin, was die Linke in der BRD zur Unterstützung ihres politischen Kampfes tun könnte, antwortete mir Sinan Kukul, es sollte unsere Aufgabe sein, diese Prozesse, die wie ein Microkosmos der wahren Verhältnisse in der Türkei sind, in der Weltöffentlichkeit nicht in Vergessebheit geraten zu lassen; das würde die Bestrebungen der Militärs durchkreuzen und wir sollten in die Türkei und nach Kurdistan kommen, um uns hier ein Bild von der wirklichen Lage machen zu können. Und hier bei uns sollten wir versuchen, darauf Einfluß zu nehmen, daß ncht weiterhin militärische und wirtschaftliche Hilfe, insbesondere der BRD, in die Türkei fließt, denn diese hilft dem Volk nicht, sie überdeckt kurzfristig die Auswirkungen der Junta-Politik und hilft, das Volk, das gegen diese Zustände kämpft, mit Waffengewalt niederzuhalten. Denn trotz der Beteuerungen der Regierung, daß sie stark sei, ist die Lage sehr instabil; das zeigt die Inflationsrate von 78% und die vielfältigen Erhebungen ebenso, wie die jetzt stattfindenden "Wahlen", die schon die dritten Wahlen in vier Jahren sind. Einen wirklichen Fortschrit erwartet Ministerpräsident Özal von diesen "Wahlen" natürlich nicht, sie sind nur ein großes Theater. Aber trotzdem könnten sie eine Reduzierung von Özals Macht zur Folge haben und sie bieten für die Linken in der Türkei die Chance, die Türken und Kurden stärker zu politisieren, da diese seit dem Putsch recht unpolitisch geworden sind.
Über den Prozess und die Haftbedingungen erzählte er mir folgendes: Die politischen Prozesse in der Türkei dauern auch aufgrund des internationalen Drucks so lange. 1980 versuchte man durch Massenverhaftungen die Opposition auf eionen Schlag aufzulösen und den Kriegszustand dadurch zu beenden. Aber man war aufgrund des internationalen Drucks genötigt, Regeln formal einzuhalten, die die Aufrechterhaltung ihrer Anklagen schwierig machten und ein großes Chaos hervorriefen, auch ging der Kampf draußen und nun auch aus den Gefängnissen weiter. Die Haftbedingungen haben sich nach dem Hungerstreik 1984 und der internationalen Pressekampagne verbessert, aber die Regierung versucht diese Bedingungen wieder zu verschlechtern. z.B. durch die Wiedereinführung von Gefangenenuniform; sollte das durchkommen, werden die Gefangenen von DEV-SOL erneut in Hungerstreik treten (im Frühjahr 88 war der Zwang, Gefängnisuniformen tragen zu müssen, abgeschafft worden, weil Kämpfe und Hungerstreiks der Gefangenen, bei denen es auch Tote gegeben hatte, dieses erzwungen hatten). Sinngemäß sagte Sinan Kukul weiter: Wir sind der Auffassung, daß wir unsere Pflicht gegenüber unserem Volk und unserem Land erfüllt haben. Wir legen Rechenschaft für unsere Taten gegenüber dem Volk ab. Wir erkennen nur das Urteil unseres Volkes und das der Geschichte an. Fast allen von uns droht die Todesstrafe, da es aber in der Türkei z.Zt. keine Gerechtigkeit gibt, werden wir unds nicht taktisch verteidigen, wir haben nichts mehr zu verlieren und werden uns von denen nicht kleinkriegen lassen und so zumindest unsere Überzeugung bewahren. Gerade weil wir uns nicht taktisch verteidigen, ist der internationale Druck auf die Türkei für uns so wichtig.

Auf die Frage, ob er eine Familie hätte, meinte er, das sei uninteressant, wir hier sind alle eine große Familie, eine Familie, die. sollte sie sich die Freiheit erkämpfen, draußen für die Befreiung weiterkämpfen wird!!
Es war für mich ein beeindruckendes Erlebni, diese Gefangenen zu erleben. Aufrecht, wach und lachend belebten sie den Gerichtssaal, eingezirkelt von müde, dumpf und blöde dreinblickenden Soldaten. Welche Kraft, welch Feuer muß in ihnen brennen, welch eine Hoffnung auf uins draußen. Ich kann mich nicht satt sehenan diesen Menschen und hoffe, daß etwas von ihrer Kraft auch in mir zum Leben kommt und daß ich in der Lage sein werde, die Repressalien hier als nicht mehr so erdrückend zu empfinden, um freier und mutiger zu kämpfen.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!!!



TERMINE... TERMINE... TERMINE... TERMINE...

gegenwind

Bücher + Politik
Grindelhof 45 · 2000 Hamburg 13

Montag, 7.11.88, 19[30] Uhr:
ROLF GEFFKEN: "Jammer und Wind" - Ende der deutschen Seeschiffahrt? Sind demnächst Seeleute nur noch im Museum anzutreffen? Gegen Seeleute soll ein kollektives Berufsverbot verhängt und auf den Schiffen eine Art Apartheid-system eingeführt werden.

Donnerstag, 17.11.88, 19[30] Uhr:
ARIE GORAL: "Jüdisches Leben am Grindel"

Dienstag, 22.11.88, 19[30] Uhr:
DORIS GEHRKE stellt ihr Buch vor: "Weinschröter, Du mußt hängen", ein Kriminalroman, ein Frauenbuch, spannend, hervorragend geschrieben, voll Überraschung und doch sehr sehr logisch ...

Mittwoch, 29.11.88, 19[30] Uhr:
HELMUT STECKEL: "China im Widerspruch". China - einst Synonym für permanente Revolution und sozialistische Utopie. Aber Mao ist tot, die "Viererbande" im Knast. Coca-Cola gibt es dort und Atomkraft! Enttäuschte Liebe, zerplatzte Illusionen, Abkehr vom einstigen Ideal? "China im Widerspruch", soeben im Rowohlt Verlag erschienen, nimmt den zerrissenen Faden wieder auf, spürt verschüttete Hoffnungen auf und irritiert. Dieser Irritation stellen sich Wolfgang Ehmke, der als einst "glühender Maoist" aus dem Buch liest und Helmut Steckel als Herausgeber.

LITERATURLABOR

SCHREIBSEMINAR TEXTKRITIK
Zeit: Dienstags 18.30 - 20 Uhr
Seminarleitung: Lutz Flörke
Teilnehmergebühr Beginn 8.11.1988
24.11. Donnerstag 20 Uhr 3,--DM

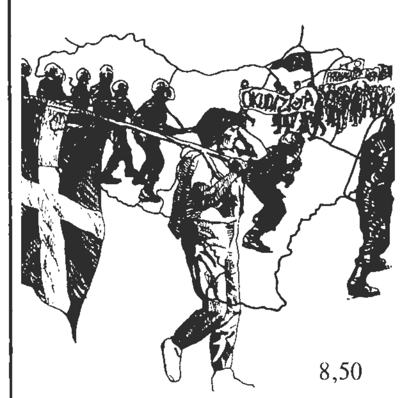


Der Frauenmedienladen Weltnotiz präsentiert exklusiv angefertigte Hörfilme verschiedener Produzentinnen.

17.11. Donnerstag 20 Uhr
LITERATURWERKSTATT
AutorInnen stellen eigene Texte vor.

Lindenallee 40 Hamburg 20 Tel. 43 59 26

Baskenland autonom?!



8,50

AB SOFORT IN DEN BUCHLÄDEN. INFOS AUS UND ÜBER DAS BASKENLAND.

NEUES vom BAUSPIELPLATZ
(war leider etwas spät da)
SANIERUNG in ST.PAULI
OLYMPIASTADT HAMBURG
DIESES und viel mehr
im NEUEM SCHANZENLEBEN
anfang DEZEMBER



Am 6. Oktober veranstaltete der Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße auf Kampnagel eine Podiumsdiskussion zur Israel - Boykottparole des Hafens: "Warum die Israel - Boykottparole nichts mit Antisemitismus zu tun hat - (und warum) Solidarität mit dem palästinensischen Volksaufstand für uns eine Konsequenz aus unserer Geschichte ist".
Es kamen gut 500 Leute, es wurde tatsächlich eine Diskussion zu diesem oberheiklen Thema geführt, und aus dieser Diskussion nahm zumindest der Beobachter des NSL die sichere Überzeugung mit: Die Boykottparole ist nicht im entferntesten antisemitisch.
Mit dieser Veranstaltung ist es der Hafenstraße gelungen, den gemeinsamen Angriff von Rechtspresse, Wirtschaft und Senat in eine eigene, politische Offensive umzubiegen: Der Hafen sollte als antisemitisch verleumdet werden, um das breite Unterstützerbündnis zu spalten, um die Solidarität und Power am Hafen zu zermürben und um dadurch die auf mittlere Sicht vom Senat fest geplante Räumung politisch vorzubereiten.
Stattdessen hat die Pressekampagne erstmal der Parole zu ungeahnter Wirkung verholfen: Es gibt endlich wieder eine Auseinandersetzung mit der Besetzung Palästinas. "Es ging nie nur um die Häuser!"

Was ist in den 20 Jahren der Besatzung in den 1967 besetzten Gebieten geschehen, und wogegen richtet sich also die Intifada, die nationale Befreiungsbewegung der Palästinenser? Diese Frage behandelte der palästinensische Journalist Valid zu Beginn der Veranstaltung.
Anfangs, als die israelische Politik noch von der "Arbeitspartei" bestimmt wurde, war ihr erklärtes Ziel, die Palästinenser zu vertreiben, um die "jüdische Rasse" reinzuhalten. Sehr bald aber setzte sich - als Politik des Likud - Blocks - die Auffassung durch, die Palästinenser seien als billige Arbeitskräfte für die israelische Wirtschaft zu gebrauchen: Wenn in Südafrika 5 Millionen Weiße 25 Millionen Schwarze beherrschen können, so hieß es fortan, dann seien die Palästinenser auch keine Gefahr für den "jüdischen Charakter" Israels.
Gegen die anfängliche Befürchtung der "Arbeitspartei", billige palästinensische Arbeitskräfte könnten die Einkommen der isralischen Unterschichten gefährden, setzte sich dann durch, daß 200 000 Palästinenser aus den '67 besetzten Gebieten als Wanderarbeiter in israelischen Fabriken und auf israelischen Farmen arbeiteten: Ungarantiert, teilweise illegal, zu Löhnen, die ein Drittel der Löhne der israelischen Unterschichten ausmachen, ohne das Recht auf Organisierung, zu Bedingungen, die bei den israelischen Arbeitern nicht ohne weiteres durchsetzbar wären.

20 Jahre Wanderarbeit

Diese 20 Jahre Wanderarbeit bedeuteten für die Palästinenser vor allem 20 Jahre systematische Erniedrigung: Valid berichtete zum Beispiel davon, daß Wanderarbeiter, die direkt an der Grenze zum israelischen Staatsgebiet leben und in Fabriken direkt auf der anderen Seite der Grenze arbeiten, jeden Morgen und jeden Abend 3 Stunden am Grenzübergang festgehalten werden - obwohl der reine Weg zur Arbeit nur 15 Minuten betragen würde.
Die Unterdrückung in den '67 besetzten Gebieten ist nicht nur eine politische und militärische, sondern vor allem also auch eine wirtschaftliche. Israel hat aus einer sich selbst versorgenden bäuerlichen Gesellschaft eine Lebensmittel (aus Israel) importierende Gesellschaft von Tagelöhnern und Wanderarbeitern gemacht. Als im letzten Jahr auch die Zahl der Pogrome an Palästinensern - "Töte jeden Tag einen Palästinenser" - erheblich zunahm, entstand aus der Erniedrigung und Versklavung der Palästinenser die Kraft der Intifada, die jetzt - knapp ein Jahr alt - noch kein bißchen verbraucht ist. Die Intifada hat der israelischen Gesellschaft die Maske genommen - der Anspruch, eine Demokratie zu sein, und die Besatzungspolitik sind nicht vereinbar.
Nach einem kurzen Video - "Intifada, road to freedom" - berichteten einige Frauen, die vor kurzem nach Palästina gefahren waren, von ihrer Reise: Sie schilderten, wie die Intifada das alltägliche Leben des Volkes und sein Bewußtsein verändert.

Die Intifada

Die Intifada hat das ganze Volk politisiert: Alle, vor allem auch die Frauen reden über Politik, machen gemeinsame Aktionen, halten zusammen gegen die Israelis, die regelmäßig Dörfer überfallen, Märkte stürmen und auflösen, Massenverhaftungen vornehmen, immer präsent, das Gewehr im Anschlag. Die Intifada gibt dem Volk das Selbstbewußtsein zurück, eigene Strukturen aufzubauen, eine eigene Selbstverwaltung, eigene Lebensmittelversorgung, eigene Gesundheitsversorgung. Die Israelis werden boykottiert, es gibt Generalstreiks, und je brutaler die Besatzer sind, desto entschlossener werden die Palästinenser.



Der zweite Teil der Veranstaltung drehte sich um die Frage: Wo stehen wir - wir als Deutsche, wir als Antifaschisten.
Zuerst erzählten Leute aus der Hafenstraße etwas zur Entstehung der Parole.

Die Entstehung der Parole

Die Parole drückt Solidarität aus. "Ohne Solidarität gäbe es keine Hafenstraße." Solidarität heißt das Verhältnis untereinander, sie ist eine Hilfe gegen Angriffe von außen, und sie heißt: Solidarität zu anderen Kämpfenden.
Grundlage der Solidarität ist ein klarer Trennungsstrich: Oben - Unten, Die - Wir: Erst dann ist Solidarität auch ein Bedürfnis, eine Notwendigkeit.
Die Parole entstand in der Zeit, als im Fernsehen noch laufend Bilder von den Straßenschlachten in den besetzten Gebieten zu sehen waren. Die Bilder waren eindeutig, und sie bewirkten das Bedürfnis nach der Parole. "Die Parolen sind ein Teil von unserem Leben. Wenn es heißt: Die Parole soll weg, ist damit gemeint: Wir sollen weg." Dem Senat geht es nicht nur um die Parole: "Eine Wand gegen den gesamten Medienapparat" - und trotzdem hat sie ein solches Gewicht!
Die Leute vom Hafen wollten den Antisemitismusvorwurf hier diskutieren und hörten vom Israel - Boykottaufruf englischer Juden. "Wir haben in England gesucht und die Leute auch gefunden, und eingeladen." Einer der englischen Genossen, Uri Davis, der israelischer und britischer Staatsbürger ist, sprach dann als nächster auf der Veranstaltung.

Ein israelisch - britischer Genosse

Uri Davis gehört zur äußerst schwachen antizionistischen Strömung unter den israelischen Juden. Zu der Frage, ob der Aufruf "Boykottiert Israel" antisemitisch sei, sagte er: "Überhaupt nicht." Semitisch ist nicht dasselbe wie jüdisch, jüdisch ist nicht dasselbe wie zionistisch, zionistisch ist nicht dasselbe wie israelisch. "Der Aufruf wendet sich gegen nichts weiter als die Politik des israelischen Staates." Und die radikal abzulehnen, sei vollständig und in jeder Hinsicht begründet.
Uri erklärte dann, warum er selbst als israelischer Jude zum Boykott aufruft: "Ich bin Bürger von Israel, und zwar keineswegs verantwortlich für Rabins Verbrechen. (Rabin ist Israels Militärminister, NSL.) Aber ich habe die Verantwortung, nicht zu schweigen: Denn Rabin begeht seine Verbrechen in meinem Namen."

"Verantwortung" und "Schuld"

Uri betonte sehr stark den Unterschied zwischen "Verantwortung" und "Schuld": Er sagte, sowenig wie er selbst an der Politik Rabins schuld sei, seien die jungen Deutschen am Hitlerfaschismus schuld. "Es gibt keine Kollektivschuld." Jeder habe aber die Verantwortung, nicht zu schweigen über das, was in seinem Namen geschieht: Für uns, die "jungen Deutschen", heißt das: Im Namen "eines Teils der deutschen Geschichte."
Die anschließende Diskussion drehte sich um zwei Punkte: Erstens die Frage "Dürfen auch wir als Deutsche Israel kritisieren?" und zweitens um einen Vergleich zwischen Israel und Südafrika.

"Daß der Boykott vom deutschen Boden ausgehen soll, ist moralisch verwerflich und taktisch hilflos." Diese Position bezog ein Genosse vom "Kommunistischen Bund". Die Begründung: Es spiele dem deutschen Antisemitismus in die Arme. Stattdessen sollten wir uns auf direkte (finanzielle...) Unterstützung der Opfer beschränken.

Dazu sagte Uri: "Der Boykott müßte gerade von den Deutschen ausgehen. Die deutschen Antifaschisten haben eine besondere Verantwortung für das palästinensische Volk: Denn Israel benutzt die Naziverbrechen, um seine eigenen Kriegsverbrechen zu legitimieren. Was da geschieht, geschieht auch im Namen eines Teils der deutschen Geschichte!"

Uri stellte außerdem fest, daß Antisemiten nur in den seltensten Fällen tatsächlich Antizionisten seien, während Antizionisten in der Regel humanistische Motive haben. Vielmehr ist es so, daß Zionismus und Antisemitismus sich in ihrem Grundgedanken einig sind, die Juden aus nicht - jüdischen Gesellschaften zu entfernen: Deshalb ist auch die Geschichte des Zionismus voller Bündnisse mit Antisemiten. (Siehe dazu noch den Kasten!)
Valid fügte einen weiteren Aspekt hinzu: Wer sagt, "als Deutscher" dürfe er oder sie nicht die israe-

---

Die Palästina - Demo:

Am Morgen des 6. Oktober zogen circa 50 Menschen an die Fontenay, um dort - vor der israelischen Handelsvertretung, wie sie gedacht hatten - auf die Bedeutung Israels als imperialistisches Bollwerk im Nahen Osten hinzuweisen und um Solidarität mit der Intifada zu bekunden.
Da leider die Handelsvertretung seit geraumer Zeit verzogen war, bewegten sich die Massen zur Vertretung der Fluglinie El - Al am Glockengießerwall - weil sich sehr wahrscheinlich die Handelsvertretung (wie auch schon vorher) im selben Haus wie die El - Al befindet.



Als das Verteilen der Flugblätter mangels Passanten nicht so recht vorankam, nahm die Gruppe für eine kurze, aber gezielte Blockade die Fahrbahn in Anspruch. Diese gewaltsame Einschränkung der Freien Fahrt Für Freie Bürger wurde nach kaum zehn Minuten ebenso spontan wieder aufgehoben, wie sie begonnen hatte. Wenige weitere Minuten später kreuzten drei Wannen auf, und wie bereits vor der Fontenay kam die übliche Frage nach dem "Verantwortlichen". Die Antwort - schallendes Gelächter - wurde mit stierem Blick quittiert, darauf wurden von mehreren Peronen die Personalien festgestellt. Nachdem die Ordnungshüter hier ihren Drang nach Aufruhr vehement Befriedigung verschafft hatten und eine palästinensische Flagge als "Beweisstück" sicherstellen konnten, löste sich die Versammlung auf.





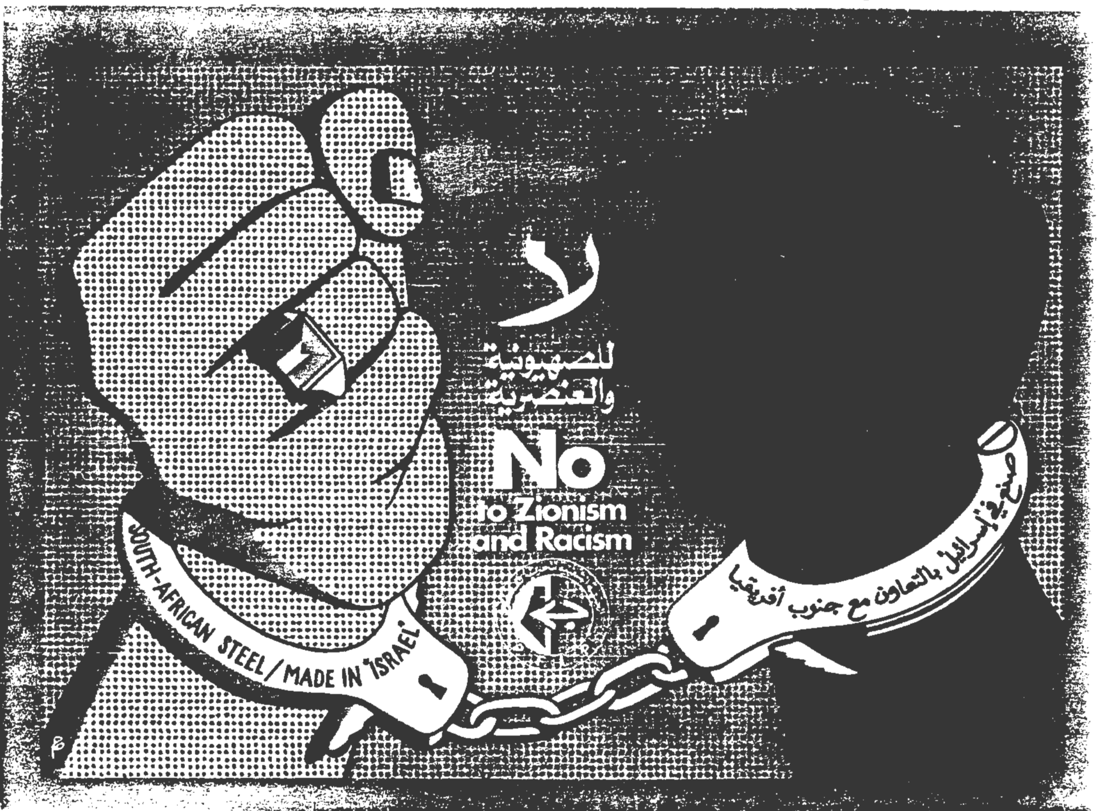
lische Politik kritisieren, geht von einer "kollektiven Schuld" der Deutschen aus. Diese Kollektivschuld verwischt aber die verschiedenen Klasseninteressen: Zwar haben "die Deutschen" nach dem 2. Weltkrieg pauschal und unverbindlich die "Kollektivschuld" übernommen, aber nur, damit "als Gegenleistung" das deutsche Kapital seine Macht behalten konnte - und um zum Beispiel diese Kapitalmacht geht es im Kampf der Palästinenser: Die Achse BRD - Israel ist ein Hauptgendarm gegen die drohende soziale Revolution in Palästina. In Palästina brechen heute Klassengegensätze auf, und je nachdem, wie wir uns zum Israelboykott verhalten, machen wir deutlich, auf welche Seite wir uns in diesem Konflikt stellen.

Südafrika und Israel

Südafrika und Israel arbeiten auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet eng zusammen, besonders, seit der Machtübernahme des Likudblocks in Israel. Dementsprechend gleichen sich die beiden Systeme auch in vielen Punkten. Uri pointierte diese bekannte Tatsache noch weiter, indem er sagte: "Zionismus ist Apartheid hoch zehn."
Folglich sei natürlich der Boykott Israels dann auch erst recht begründet.
Uri belegte seine Auffassung an einem Beispiel, dem in Israel offiziellen, juristischen Begriff "absentee", AbwesendeR: Während Südafrikas Rassismus den Schwarzen eine fiktive "eigene" Staatsbürgerschaft gibt und damit eine spezielle "Rechtssprechung" für die Schwarzen verbindet, sind in Israel die von ihrem Land vertriebenen Palästinenser "absentees", nicht vorhanden. Die Bewohner der Camps sind sowieso staaten- und rechtlos, die vertriebenen Palästinenser außerhalb der Camps sind "present absentees", "anwesende Abwesende": Zu deutsch Vogelfreie. Auch das ist ein juristischer Begriff. Deutlicher geht es wohl nicht mehr.
Offen blieb am Ende der Veranstaltung, was weiter mit der Forderung nach dem Israelboykott geschehen soll. (Welche Aktionen sind denkbar?) Es gab mittlerweile einige weitere Treffen zu dieser Frage, auf denen es bisher hauptsächlich um einen konkreteren Boykottaufruf ging sowie um die Vorbereitung einer Demonstration im Dezember (Jahrestag des Beginns der Intifada).

Zionismus und Antisemitismus

Als wir in der Redaktion diesen Artikel besprachen, blieben wir vor allem an einer Stelle hängen: Die gemeinsamen ideologischen Grundlagen und die Zusammenarbeit zwischen Antisemitismus und Zionismus. Darüber wußten wir alle so gut wie nichts - kein Wunder, denn in "unseren" Schulen werden der Zionismus und der Staat Israel als "Retter der Juden vor dem Holocaust"



dargestellt.
Wir wollen daher ein paar Beispiele für diese Gemeinsamkeiten nennen - auch und gerade weil dies ein Tabuthema und blankes Glatteis ist.

Der Zionismus, wie er von seinen ersten Vordenkern formuliert wurde, geht davon aus, daß erst die Juden den Antisemitismus in die Gesellschaften bringen, in denen sie leben. Jede "Rasse" habe ihren eigenen "Boden", und ein Volk kann nur auf seinem eigenen Boden "gesund" sein. Da die Anstisemiten in diesem Punkt recht hätten, sei es auch sinnlos, sie zu bekämpfen.
Ausgehend von dieser Ideologie, hat der Zionismus sich nie gescheut, mit Antisemiten zu kooperieren; vielmehr war es gerade logisch, mit den größten Judenhassern zusammenzuarbeiten, denn mit denen gab es das gemeinsame Interesse, die Juden aus den "Wirtgesellschaften" zu entfernen - nach Palästina.
Das erste berühmte Beispiel lieferte Herzl selbst. Er verhandelte 1903 mit Ministern des zaristischen Rußlands über die Wiedereröffnung einer zionistischen Bank (Jewish Colonial Trust Bank) und über die Unterstützung bei der Aussiedlung nach Palästina. Herzls Angebot war: Die Zionisten werden versuchen, die jüdischen Arbeiter, die sich in Rußland besonders stark in den Arbeiterbünden organisiert hatten, zu unterwandern und zu zerschlagen. Herzls Verhandlungspartner war der Minister Vyachislav von Plevhe, der die ersten großen Judenpogrome Rußlands (in Keshnev) organisiert hatte. Der deal lief. (Herzl verhandelte übrigens auch mit dem osmanischen Sultan.)
Ab 1918 förderte die britische Militärregierung die zionistische Siedlungspolitik und duldete eine Art zionistischer "Nebenregierung" für Palästina, das "jüdische Büro." Diese Politik der Briten - formuliert in der Erklärung des Außenministers Lord Balfour, der ausdrücklich Antisemit und Judenhasser war - war ein Ergebnis der zionistischen Diplomatie; die (nicht - zionistischen) britischen Juden, die für Gleichberechtigung in ihrer Gesellschaft kämpften, protestierten gegen die Balfour - Erklärung.
Der härtete Brocken ist die Zusammenarbeit der Zionisten mit den deutschen Nazis. Es gab Zusammenarbeit zwischen der zionistischen Guerilla Haganah und der SS (Stichwort: Adolf Eichmann in Palästina); das bekannteste Beispiel zionistisch - nazistischer Kollaboration ist das Haavara - Abkommen: Das Haavara - Abkommen wude im August '33 zwischen der Regierung Nazi - Deutschlands und einer Bank in Palästina geschlossen. Deutsche Juden, die nach Palästina auswandern wollten, hatten 1000 Pfund Sterling auf ein Konto einzuzahlen. Mit diesem Geld kauften jüdische Importeure deutsche Waren für den Export nach Palästina, während sie den Gegenwert der Waren in palästinensischen Pfund auf ein Konto der Bank in Palästina einzahlten. Dieses Geld konnte sich der jüdische Auswanderer dann bei der Ankunft in Palästina abholen.
Die Bedeutung dieses Abkommens: Die Zionisten konnten die Einwanderung und - vor allem - den Kapitalfluß nach Palästina erhöhen. Der Naziwaren - Boykott, den der Jüdische Weltkongress genau in dieser Zeit organisierte, wurde von Palästina aus unterlaufen.

Quellen: U.a. Klaus Polkehn in Al Karamah 9/88.
Lenni Brenner, Zionism in





'Der Schlachter-Laden'

Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

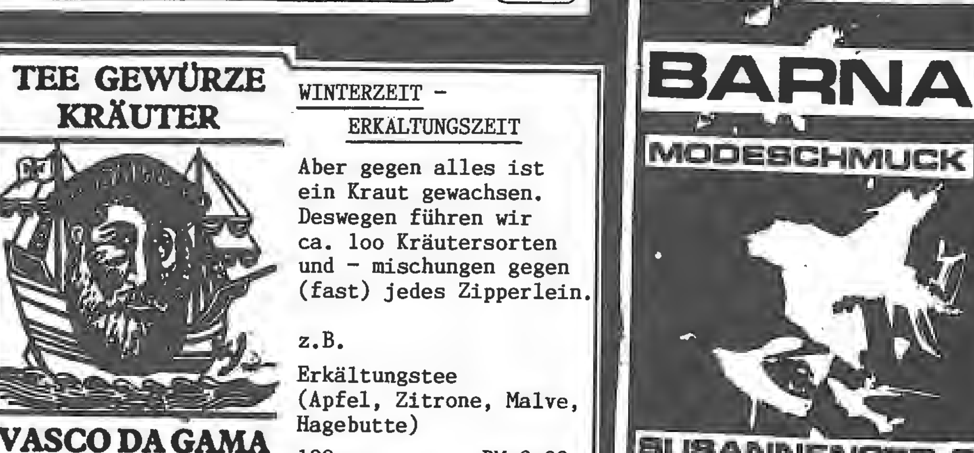
Juliusstraße 2a - 2000 Hamburg 50
Tel. 040 /439 94 04

Öffnungszeiten: Mittagspause von 12–15 Uhr
Di-Fr: 9-18 Uhr - Sa: 9-13 Uhr - Montag Ruhetag

Hamburger SATZ und Verlags-Kooperative

Wir machen alles zwischen Manuskript und Druckvorlage
außerdem
Belichtung von Computertexten
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20
Tel.: 43 53 46 / 43 53 20





BARNA
MODESCHMUCK
SUSANNENSTR. 8



Fuhrbetrieb in Selbstverwaltung
Wir packen's
Umzüge:
Nah – Fern – Übersee
Beiladungen:
nation. Linienverkehr
monatlich:
Italien – Spanien – Frankreich
Einlagerungen, Montage, Behördenabrechnung
Kartonverkauf
huckepack
040/390 52 53
Behringstraße 14, 2000 Hamburg 50
Fachspedition · Naturwaren · Umzüge

Das foto

Schulterblatt 84 # 4393795

Fotokalender 1989
incl. Gutscheine für je
1 Bild 13x18 DM 19,oo

Orwo s/w Film
22 DIN/36 Aufn. DM 3,9o
15 DIN/36 Aufn. DM 3,9o



GOLEM
Schulterblatt 78
geöffnet von
2o Uhr bis 4 Uhr
morgens
am Wochenende
natürlich länger

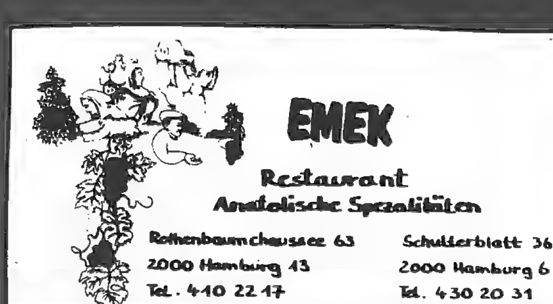


Buchhandlung YOL

Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.
AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ











ADRESSEN

Antimil

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT / VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNER
Amandastr. 58, Tel: 43 20 05
KDV-Beratung: Di 18 Uhr

SELBSTORGANISATION DER ZIVILDIENSTLEISTENDEN (SOdZDL)
Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, II. Stock; Mo: 19-22 Uhr ZDL-Beratung, ab 20 Uhr Plenum Mi: 20-22 Uhr KDV-Beratung, Kontakt: Karsten, Tel: 45 55 73

Arbeitslose

CAFE MÜSSIGGANG
Arbeitslosenzentrum, [illegible] 31, Tel: 439 24 66, Mo-[illegible] Uhr

ERWERBSLOSEN UND JOBBERINITIATIVE
Balduinstr. 22, Tel: [illegible]
Di: 10 Uhr Erwerbslosen[illegible]
Di: 19 Uhr offener Abend

Ausländer

SPANISCHER ELTERNRAT
Amandastr. 58, Tel: [illegible]
Mo: 16-18 Uhr, Mi: 10-[illegible]
14-19 Uhr

TÜRK DANIS
Ausländerberatungsstelle der [illegible]
Vereinsstr. 30, Tel: [illegible]

HAUS FÜR ALLE
Beratung für deutsche und ausländische Nachbarn, Vereinsstr. 25, Tel 43 25 96, Mo-Do: 15-18 Uhr
Fr: 14-17 Uhr

BUCHHANDLUNG YOL, Schanzenstr. [illegible]
Beratung und Übersetzungen [illegible] Flüchtlinge und Emigranten, Türkischkurse für Deutsche, Informationen über aktuelle [illegible]

BRIGADEN

Arbeitsbrigaden für Nicaragua
Projekt "La paz del Tuma"
c/o Regine Christiansen, Ottenser [illegible] 20, Tel: [illegible]

Frieden

FRIEDENSINITIATIVE SCHANZENVIERTEL
c/o Peter Hansen, Margarethenstr. 29, Tel: [illegible]

Frauen

[illegible]

Juliusstr. 16, Tel: 439 41 50, täglich 10-17 Uhr, Mi: 16-18 Uhr (Beratung für sexuell mißbrauchte Mädchen)

FRAUEN-SELBSTHILFELADEN
Marktstr. 27, Tel: 439 53 89
Di: 17-18.30, Do: 17-18.30 Uhr

FRAUENKNEIPE
Stresemannstr. 60, Tel: 43 63 77

FRAUENBILDUNGSZENTRUM DENK(T)RAÜME
Grindelallee 43, Tel: 45 06 44,
Mo-Do: 13-19 Uhr

FRAUENMITFAHRZENTRALE
Grindelallee 43, Sauerberghof, Tel: 45 05 56, Mo-Fr: 10-12.30 und 14-18.30 Uhr

Haus für Alle

HAUS FÜR ALLE
[illegible]

Karolinen-Inis

[illegible]
[illegible] Volkshaus, Glashüttenstr. [illegible], Tel: 439 13 11

INTERNATIONALER TREFFPUNKT
Karolinenstr. 8, Tel: 439 36 93
[illegible] 43 23 93 (Pastor Winde), Do: [illegible] Uhr

[illegible] KAROLINENVIERTEL
(Kinder- und Jugendarbeit) c/o [illegible] Schimkat, Grabenstr. 28, Tel: [illegible]

[illegible]
[illegible] TREFFPUNKT FÜR KÜNSTLER
[illegible] Tel: 439 18 00 [illegible]

Kinder+Jugend

KINDERSORGENTELEFON
Margarethenstr. 41, Tel: 43 79 73

KINDERHAUS HEIRICHSTRAßE
Heinrichstr. 14a, Tel: 43 39 49

KINDERSTUBE ALTONA e.V.
[illegible] Tel: 43 68 53

[illegible]

[illegible]

ABENTEUERSPIELPLATZ IN SCHANZENVIERTEL
[illegible] Tel: 439 [illegible]

[illegible] KINDER- UND STADTTEIL[illegible] e.V.
Bartelsstr. 27, Tel 439 [illegible]

HAMBURGER ELTERNINITIATIVE
Kindergärten und Kindertages[illegible]
[illegible]

Knast

die gruppe
Treffpunkt und Beratung, Bartelsstr. 26, Tel: 439 17 93

Kultur

DUCKENFELD
Initiative Stadtteilkino Altona e.V. Deckersallee 64, Tel: 439 34 13

KULTURVEREIN SCHANZENVIERTEL
Margarethenkneipe, Margarethenstr. 33, Tel: 43 57 11

LITERATURLABOR
Lindenallee 40, Tel: 43 59 26

HAMBURGER ERWACHSENENBILDUNG
Fruchtallee 7, Tel: 439 28 82

[illegible]

LIBERTÄRES

LIBERTÄRES ZENTRUM
Lagerstr. 27, Tel: [illegible]

F.A.U. (Anarcho[illegible])
Do: 16.30-18.30

PVC (Proletarische [illegible])
Di: 19.30 Uhr

Mieter

MIETERINITIATIVE SCHANZENVIERTEL
c/o Thomas Breckner, [illegible] 45, Tel: 43 43 23, Mo: [illegible] Uhr Beratung im Stadtteilbüro [illegible]str. 50

MIETER HELFEN MIETERN
Bartelsstr. 30, Tel: 439 55 05, Mo-Do: 10-19 Uhr, Fr: 10-16 Uhr, Beratung: Mo und Do um 17.30

MIETERINITIATIVE St. PAULI NORD
[illegible]str. 38, Di: 18-19 Uhr

MIETERINITIATIVE KAROVIERTEL
Sternstr. 39, Di: 20 Uhr

Parteien

DKP SCHANZENPARK
c/o Werner Burchard, Tel: 4104871

DKP-GRUPPE FETTSTRAßE
c/o Ulrike Wurster, Tel: [illegible]

DKP SCHULTERBLATT
c/o Dieter Wilde, Tel: 43 26 15

GAL-BÜRO
Bartelsstr. 30, Tel: [illegible]

GAL STADTTEILGRUPPE SCHANZENVIERTEL
Mo: 20 Uhr im Haus für Alle

GAL-EIMSBÜTTEL
[illegible]

GAL STADTTEILGRUPPE ST. PAULI
[illegible]

SOZIALISTISCHES BÜRO HAMBURG
Altonaer Str. [illegible]

Schwule

[illegible]GRUPPE ROSA BIBER
[illegible] 30,
[illegible] 39 95 69

Staatsmacht

[illegible]

Stadtteil

[illegible]

Umwelt

[illegible]

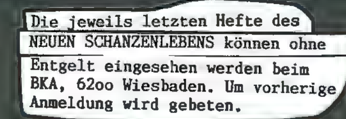
WERKZEUGPOOL

[illegible]

Wohnungslose

[illegible] HILFE e.V.
[illegible] Hilfe für Obdachlose
[illegible] Tel: 430 00 04

Nichts wird vergessen!
28.09.1988
3. Todestag von
Günter Sare



Das NEUE SCHANZENLEBEN erscheint möglichst monatlich im Selbstverlag und unter Zeit- und Eigendruck; Herausgeber ist das Redaktionskollektief des NEUEN SCHANZENLEBENS.

Verantwortliche Redaktörin im Sinne des Pressegesetzes ist die Rote Flotte. Für Beiträge, die mit vollen Namen gekennzeichnet sind, übernimmt die Autorin/der Autor selbst die Verantwortung.

WICHTIG: Für eingesandte Manuskripte und Fotos sind wir zwar sehr dankbar, können aber keine Gewähr übernehmen (mögl. Rückporto beilegen).
Kontakt, Anregungen, konstruktive Kritik, Lob, Geld- und Sachspenden usw. bitte an:
Die Druckerei
Schanzenstraße 59, 32ooo Hamburg 6

Unsachliche Beschwerden, Reklamationen, Einstweilige Verfügungen, Schadensersatzklagen und § 129a-Angelegenheiten bitte direkt an: Axel Springer Verlag

Die jeweils letzten Hefte des NEUEN SCHANZENLEBENS können ohne Entgelt eingesehen werden beim BKA, 62oo Wiesbaden. Um vorherige Anmeldung wird gebeten.

